

NIE WIEDER KRIEG!



Hildegard Huza (* 1951): Mahnmal für die Opfer des Feuersturms auf Hamburg 1943

Bildquelle: Wikipedia Commons, „Hamburg-mundsburg-denkmal-bombenopfer-gedenken-70-jahre.JPG“, Fotograf: Roland.h.bueb.

Das stand am Beginn der Europäischen Föderalisten – der Wunsch und die Forderung: „*Nie wieder Krieg*“ und „*nie wieder Faschismus*“. Wir müssen uns auch immer des Zitates gewärtig sein, welches Hiram Johnson zugeschrieben wird, dass nämlich „*das erste Opfer des Krieges die Wahrheit*“ sei.

Treffend beschreibt dies für uns auch heute noch die Schwierigkeit, uns adäquat zu informieren. Es ist dies in „normalen“ Zeiten schon schwierig genug.

Im Krieg waren und sind einseitige Berichterstattung und gezielte Desinformation nicht die Ausnahme, sondern die Regel, war und werden es wohl immer sein. (Red)

Inhalt


	Seite
Nie wieder Krieg	1
Impressum	2
Aktuelles	3
Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion in Zeiten des Ukraine-Krieges (Rudi Friedrich)	4
„Gemeinsam für unser Haus Europa“. Und Ukraine gehört dazu! (Erwin Josef Tigla)	9
Schuld & Schurke (Michael Bannmüller)	10
Geld gegen desertieren (Anton Schäfer)	15
Werner Wintersteiner (Anton Schäfer)	16
Auszug aus „Die Waffen nieder!“ (Bertha von Suttner)	19
Der unterschätzte Widerstand: gewaltfreie Aktionen in der Ukraine. Ein Überblick (Werner Wintersteiner)	20
„I had a dream last night, what a lovely dream it was ...“ Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin: Alternativen zum Ukrainekrieg (Anton Schäfer)	28
Vereinsnachrichten (Bericht vom „Europaforum Bodensee“)	30
Europa-Wikipedia	31
Bild von Käthe Kollwitz „Nie wieder Krieg“	32

Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitung, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name weitergeführt wird und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag, Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com. E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu. E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org. Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens 4-mal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Webadresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu>. Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abonnementbestellungen sind jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingehen. Preise für das Abonnement und den Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Bei zugesendeten Manuskripten behält sich der Verlag bzw. die Redaktion die Kürzung entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag oder der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden und Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge als auch für zitierte Beiträge. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlages, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter.

ISSN: 0014-2727 (print) und ISSN: 2791-402X (online). ZDB-ID: 519113-0/2187204-1

P. b. b.



„Der Friede vermag alles, der Krieg nichts.“

Bruno Kreisky

- 2013 beschloss der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution, in der er die Staaten ermutigt, für jene Militärdienstverweigerer, die wegen ihrer Verweigerung in ihrem Herkunftsland wohl begründete Verfolgung befürchten müssen, die Gewährung von Asyl zu erwägen: UN Human Rights Council, A/HRC/RES/24/17, 27. September 2013.¹
- 2014 legte der UNHCR die überarbeiteten Richtlinien zum Internationalen Schutz Nr. 10 vor,² die sich der Behandlung von Anträgen auf Flüchtlingsstatus bezüglich Militärdienst im Zusammenhang mit der Genfer Konvention widmen.
- 2015 stellte der Europäische Gerichtshof (EuGH)³ im Fall des US-Deserteurs André Shepherd fest, dass sich „alle Militärangehörigen einschließlich des logistischen und unterstützenden Personals“ auf die Regelung der Qualifikationsrichtlinie beziehen können, mit der diejenigen einen Flüchtlingschutz erhalten sollen, die wegen ihrer Weigerung, sich an völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen zu beteiligen, Verfolgung befürchten müssen. Nach Auffassung des Gerichts fiel auch die Instandsetzung von Hubschraubern darunter, die im Kriegsgebiet eingesetzt wurden. Shepherd war Mechaniker für Hubschrauber in der US-Armee und desertierte 2007,⁴ nachdem öffentlich geworden war, dass Soldaten im Irak aus den Hubschraubern heraus auf Zivilisten geschossen hatten. Zugleich legte der Gerichtshof hohe Maßstäbe an, ob die Einsätze der Hubschrauber tatsächlich Kriegsverbrechen waren. Und zuletzt machte der Gerichtshof deutlich, dass der Antragsteller zunächst in ein Verfahren zur Kriegsdienstverweigerung hätte gehen müssen, wenn ihm ein solches zur Verfügung stehe.
- 2020 stellte der Europäische Gerichtshof im Fall EZ,⁵ einem syrischen Militärdienstentzieher, fest, dass es in bestimmten Fällen unerheblich sein kann, ob der Betroffene vor dem Einsatz nachweisen kann, dass er in Kriegsverbrechen verwickelt werden würde. Das

Gericht entschied, dass es „in einem Kontext eines allgemeinen Bürgerkriegs, der durch die wiederholte und systematische Begehung von Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Armee unter Einsatz von Wehrpflichtigen gekennzeichnet ist, unerheblich [sei], dass der Betroffene sein zukünftiges militärisches Einsatzgebiet nicht kenne“.

Zudem stellte der EuGH fest, „wenn im Herkunftsstaat die Möglichkeit der Verweigerung des Militärdienstes gesetzlich nicht vorgesehen ist, dem Betroffenen nicht entgegeng gehalten werden kann, dass er seine Verweigerung nicht in einem bestimmten Verfahren formalisiert hat und aus seinem Herkunftsland geflohen ist, ohne sich der Militärverwaltung zur Verfügung zu stellen“.

Der Grundsatz: Wehrpflicht als allgemeine Pflicht

Im Juni 2020 legte Julia Ilder eine ausführliche Untersuchung⁶ dazu vor, wie sich die Flüchtlingsanerkennung bei Kriegsdienstverweigerung und Desertion nach der Genfer Flüchtlingskonvention entwickelt hat. Sie untersuchte dazu besonders die Rechtsprechung in Deutschland und in den angloamerikanischen Staaten. Sie kommt zum Schluss, dass in der Europäischen Union, wie auch in Kanada, den USA und in Großbritannien, die obergerichtliche Rechtsprechung weiter darauf verweist, „dass es sich bei der Wehrpflicht um eine allgemeine staatliche Pflicht handelt, die alle Bürger (oder jedenfalls alle Bürger im wehrfähigen Alter und gegebenenfalls männlichen Geschlechts) gleichermaßen trifft; Strafverfolgung und Bestrafung für eine Verweigerung wird daher als legitimes staatliches Handeln eingestuft“.

Flüchtlingschutz nach der Genfer Konvention

Dieser Grundsatz hat zur Folge, dass trotz der Entwicklungen in der obergerichtlichen Rechtsprechung Personen, die sich dem Kriegsdienst

¹ http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/RES/24/17

² <https://www.unhcr.org/529efd2e9.html>

³ https://www.connection-ev.org/pdfs/2015-02-26_UrteilEuGH.pdf

⁴ <https://www.proasyl.de/news/europaeischer-gerichtshof-verhandelt-ueber-asyl-fuer-us-deserteur/>

⁵ <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-11/cp200142de.pdf>

⁶ <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/die-fluechtlingsanerkennung-von-wehrdienstverweigerern-und-deserteuren-nach-der-genfer-fluechtlingskonvention-id-96086/>

verweigern und mit Verfolgung zu rechnen haben, weiterhin in der Regel keinen Flüchtlingschutz nach der Genfer Konvention erhalten. Die Bestrafung an sich wird als nicht ausreichend für einen Flüchtlingschutz erachtet. Nur wenn eine zusätzliche Verfolgung aufgezeigt werden kann, wenn die Strafverfolgung unverhältnismäßig hoch ist, oder wenn eine zielgerichtete Verfolgung aus politischen Gründen dargelegt werden kann, wird von den Behörden und Gerichten die Anerkennung als Flüchtling erwogen.

Völkerrechtswidriger Einsatz oder völkerrechtswidriger Krieg

Die UN-Flüchtlingskonvention erkennt diejenigen als Flüchtlinge an, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen wollen“ (Artikel 1 (A)(2) UN-Flüchtlingskonvention von 1951 in der Fassung des Protokolls von 1967).

Wie im Handbuch des UNHCR über Verfahren und Kriterien zur Bestimmung des Flüchtlingsstatus dargelegt, schließt dies auch Personen ein, die wegen Desertion oder Kriegsdienstverweigerung bestraft werden, wenn „die Art der militärischen Aktion, mit der sich der Betreffende nicht identifizieren möchte, von der Völkergemeinschaft als den Grundregeln menschlichen Verhaltens widersprechend verurteilt wird“ (Ziff. 171). Damit sind diejenigen gemeint, die im eigenen Land bestraft werden, weil sie sich geweigert haben, internationale Verbrechen oder andere Verstöße gegen das Völkerrecht zu begehen, die gegen die Grundregeln menschlichen Verhaltens verstoßen (zum Beispiel Ziff. 26, 29, 39, 51).

Die Richtlinie 2011/95 des Rates der Europäischen Union präzisiert den Anwendungsbereich dieses Grundsatzes und legt fest, dass Personen, die wegen der Weigerung, eine Aggression zu begehen (in diesem

Zusammenhang als „Verbrechen gegen den Frieden“ bezeichnet) strafrechtlich verfolgt werden, als Flüchtlinge gelten (Art. 9(2)(e), 12(2)(a)8, siehe auch „The Legal Obligation to Recognize Russian Deserters as Refugees“.¹ Der Europäische Gerichtshof hat mit dem Urteil im Fall Shepherd die Definition geliefert, dass sich dies auf „alle Militärangehörigen einschließlich des logistischen und unterstützenden Personals“ bezieht, also nicht nur auf die Befehlshabenden.

Der im Februar 2022 gestartete Angriffskrieg durch Russland ist die wesentliche Ursache von Tod, Zerstörung und menschlichem Leid und nicht zu rechtfertigen.

Wie der UN-Menschenrechtsausschuss 2018 feststellte, stellt jede Tötung im Rahmen eines Angriffskrieges eine Verletzung des Rechts auf Leben dar (Ziff. 70). Der schwerwiegende Verstoß gegen die UN-Charta durch das Vorgehen Russlands in der Ukraine hat somit den Charakter, der einen Flüchtlingschutz nach der Qualifikationsrichtlinie begründet. Es ist dabei unerheblich, wer genau die strafrechtliche Verantwortung für den Beginn des Krieges trägt. Und das bedeutet, dass bei denjenigen, die sich diesem Unrecht entziehen und Verfolgung befürchten müssen, der Schutzstatus ausgelöst wird. Dabei müssen aber einige Einschränkungen bedacht werden, die sich vermutlich erst in der Praxis der Rechtsprechung zeigen werden. So haben sich nicht wenige Personen aus Russland und Belarus schon vor dem Kriegsbeginn – und im Falle von Belarus vor einem möglichen Eintritt des Landes in den Krieg – der Rekrutierung entzogen oder sind desertiert. Sie haben kommen sehen, was passieren könnte, und rechtzeitig ihre Konsequenzen gezogen. In den Asylverfahren werden sie allerdings kaum den Beweis führen können, dass sie ganz konkret in der Ukraine im Krieg eingesetzt worden wären, weil sie weder einen Nachweis über die Rekrutierung noch über ein Einsatzgebiet vorlegen können.

Deutsche Behörden und Gerichte könnten auch auf die Idee kommen, dass es selbst bei einer angenommenen Rekrutierung zum Militär nicht wirklich wahrscheinlich sei, dass die

¹ <https://verfassungsblog.de/the-legal-obligation-to-recognize-russian-deserters-as-refugees/>

betreffende Person wirklich im Kriegsgebiet eingesetzt wird. Das würde sogar diejenigen treffen, die eine Einberufung vorlegen könnten.

Unklar ist auch, wie deutsche Behörden beurteilen werden, dass es in Russland und Belarus nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten gibt, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen.

Obwohl in Russland und Belarus für Reservisten die Antragstellung ausgeschlossen ist – und in Belarus auch nur religiöse Verweigerer anerkannt werden – müsste wohl nach der Rechtsprechung des EuGH dennoch der Versuch gemacht worden sein, einen solchen Antrag zu stellen.

Allerdings kann dies angesichts einer innerhalb von wenigen Tagen eskalierenden Situation, die zum Kriegseintritt führte, nicht wirklich erwartet werden. Die Konsequenz daraus wäre jedoch, dass Militärpflichtige oder Militärangehörige, die keinen eindeutigen Nachweis ihres Einsatzes in der Ukraine vorlegen oder nicht nachweisen können, den Versuch der Anerkennung einer Kriegsdienstverweigerung gemacht zu haben, in den Asylverfahren abgelehnt würden.

Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung

Auch wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Kriegsdienstverweigerung als Ausfluss der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit definiert hat, spiegelt sich dies nach wie vor nicht im Flüchtlingsrecht wider. Artikel 9 der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union schließt einen grundsätzlichen Schutz für Kriegsdienstverweigerer faktisch aus und bezieht einen möglichen Schutzstatus allein auf die Verweigerung völkerrechtswidriger Handlungen oder völkerrechtswidriger Kriege. Bei einem Asylantrag wird allerdings zusätzlich geprüft, ob eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliegt.

In Deutschland ist dann nach Paragraph § 60 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz ein Abschiebehindernis auszusprechen, der schlechtestmögliche Status. Dort steht: „Ein Ausländer darf nicht abgeschoben werden, soweit sich aus der

Anwendung der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergibt, dass die Abschiebung unzulässig ist.“

Situative Kriegsdienstverweigerung

Nicht alle Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen treffen eine absolute Entscheidung gegen jeden Kriegseinsatz. Häufig treffen sie diese, gerade in einem Kriegs- oder Spannungsfall, aufgrund einer besonderen persönlichen oder gesellschaftlichen Situation. Aber auch eine situative Entscheidung drückt die Überzeugung aus, nicht an militärischen Einsätzen beteiligt sein zu wollen und die damit verbundene Waffengewalt abzulehnen. Der UNHCR weist in seinen Richtlinien¹ darauf hin, dass eine Kriegsdienstverweigerung auch dann vorliegt, wenn Personen der Überzeugung sind, dass „die Anwendung von Gewalt unter bestimmten Umständen berechtigt ist, in anderen jedoch nicht, und dass sie daher den Dienst in diesen anderen Fällen verweigern müssen“.

Auch die Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofes, Eleanor Sharpston, verdeutlichte in einer Stellungnahme² vom 11. November 2014: Der Begriff Kriegsdienstverweigerung „kann sich aber auch auf Personen beziehen, die aus juristischen, moralischen oder politischen Gründen einen konkreteren Konflikt oder die Mittel und Methoden zur Austragung dieses Konflikts ablehnen“. Diese Argumentation findet sich aber bislang nicht in den deutschen Asylverfahren wieder.

Glaubwürdigkeit einer Kriegsdienstverweigerung

Behörden und Gerichte gehen bei einer Kriegsdienstverweigerung von sehr hohen Maßstäben aus. In Deutschland beispielsweise orientieren sich die Gerichte an der Rechtsprechung, die sich über die vergangenen Jahrzehnte zu den Verfahren zu deutschen Kriegsdienstverweigerern entwickelt hat – und lehnen eine situative Entscheidung ab. Im Falle eines kurdischen Verweigerers stellte zum Beispiel das Verwaltungsgericht Saarland fest: „Eine solche Gewissensentscheidung setzt eine sittliche Ent-

¹ <https://www.unhcr.org/529efd2e9.html>

² <https://en.connection-ev.org/pdfs/14StSh-en.pdf>

scheidung voraus, die der Kriegsdienstverweigerer innerlich als für sich bindend erfährt und gegen die er nicht handeln kann, ohne in schwere Gewissensnot zu geraten. Erforderlich ist eine Gewissensentscheidung gegen das Töten von Menschen im Krieg und damit die eigene Beteiligung an jeder Waffenanwendung. Sie muss absolut sein und darf nicht situationsbezogen ausfallen.“¹

Da der Antragsteller seine Verweigerung nicht in der vom Gericht geforderten Weise dargelegt hatte, wurde sein Asylbegehren abgelehnt.

Neue Entwicklungen

Nach einem Bundestagsbeschluss hatte das deutsche Innenministerium am 17. Mai 2022 erklärt, dass „bei glaubhaft gemachter Desertation eines russischen Asylantragstellenden

derzeit von drohender Verfolgung ausgegangen“ werde. Die Desertation werde als politisch oppositionelle Handlung gewertet werden. Diese neue Beurteilung der Sachlage ist zwar gut für Deserteure, hilft aber nicht Militärdienstentziehern. Sie müssen erst zum Militär gehen, dann desertieren und danach Asyl beantragen, um in den Genuss dieser Regelung zu kommen.

Ob sich da noch was tut?

Es wäre zu wünschen. Und Betroffenen ist zu empfehlen, mit Beratungsstellen in Kontakt zu treten – möglichst bevor sie einen Asylantrag stellen.

Siehe auch. Rundbrief „KDV im Krieg“, Ausgabe April 2022, www.Connection-eV.org.



Rudi Friedrich ist Mitarbeiter von Connection e. V., einem in Offenbach am Main ansässigen Verein, der auf internationaler Ebene Menschen unterstützt, die den Kriegsdienst verweigern oder desertieren. Aktuell hat der Verein eine Reihe von Aktivitäten entwickelt, um Verweigerern und Verweigerinnen aus Russland, Belarus und der Ukraine zu unterstützen. Mehr dazu unter www.Connection-eV.org/get.out.2022



¹ <https://www.asyl.net/rsdb/m27072/>

„Gemeinsam für unser Haus Europa“ Und die Ukraine gehört dazu!

(Erwin Josef Tigla¹)

Drei Mal schon organisierte das Demokratische Forum der Banater Berglanddeutschen und der Kultur- und Erwachsenenbildungsverein Deutsche Vortragsreihe Reschitza das von ihnen initiierte Symposium „Deutsche Minderheiten in Südost- und Osteuropa begegnen sich: Gemeinsam für unser Haus Europa“. Zwei Mal mit physischer Präsenz (2018, 2019) und einmal online (2021).

Die Teilnehmer am Symposium, Vertreter regionaler Organisationen deutscher Minderheiten aus Czernowitz/Chernivtsi (Ukraine), Fünfkirchen/Pécs (Ungarn), Marburg an der Drau/Maribor und Celje/Cilli an der Saan (Slowenien), Syrmisch-Mitrowitz/Sremska Mitrovica und Ruma (Serbien) sowie Wukowar/Vukovar (Kroatien) sind bereits enge Freunde geworden, so dass die kritische Lage in der Ukraine natürlich alle betroffen machte.

Wir haben bereits zu Kriegsbeginn in der Ukraine Kontakt mit unseren Freunden in Czernowitz/Chernivtsi aufgenommen und uns über die Situation vor Ort informiert.

Inge Wittal, Vorsitzende des Verbands der Österreichisch-Deutschen Kultur im Gebiet Czernowitz schrieb Ende Februar Folgendes in einem E-Mail: „Wir haben einen schrecklichen Krieg ... Putin bombardiert unsere Städte, es kommen viele Panzer. In Czernowitz kommen viele Flüchtlinge an und wir helfen dabei. Bei mir zuhause sind Bekannte meiner Tochter aus Charkiw untergekommen. Das alles IST schrecklich, aber wir hoffen, dass das alles enden wird. Und unser Land wird FREI!“

Paul Pivtorak, stellvertretender Vorsitzender des Verbands der Österreichisch-Deutschen Kultur im Gebiet Czernowitz, schrieb uns vor einem Monat: „Neues in dieser Zeit in der Ukraine gibt's jeden Tag – wir schlagen die Russen. In Czernowitz ist Ruhe und es gibt sehr viele Flüchtlinge. Im Verein gibt es zur Zeit nichts Neues, wir telefonieren miteinander. Die ukrainische Post funktioniert nicht. Alle warten auf den Sieg und auf Frieden.“

Ja, und der Krieg geht grausam weiter ...
Stand: 9. Mai 2022, ein auch mit Traurigkeit verbundener Europatag!



Erwin Josef Tigla (*19. September 1961 in Reschitza im Kreis Karasch-Severin, Banater Bergland) ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Beruflich wie auch privat identifizierte er sich schon immer mit der Gemeinschaft der Banater Berglanddeutschen. Er ist Europäer durch und durch. Von 1980-1995 arbeitete er im damaligen Maschinenbaubetrieb in der Schiffsdieselmotoren-Abteilung in Reschitza. Seit Mai 1995 ist er Bibliothekar innerhalb der „Paul Iorgovici“-Kreisbibliothek Reschitza und seit Oktober 1995 Leiter der Deutschen „Alexander Tietz“-Bibliothek in Reschitza. Maßgeblich dabei war er auch bei dem Ausbau und der Modernisierung des Sitzes am Revolutiei din Decembrie-Boulevard Nr. 22, heute ein modernes und sehenswertes deutsches Jugend-, Dokumentations- und Kulturzentrum, das allen Kultur- und Kunstliebhabern offensteht. Seine vielfältiges Engagement für Europa aufzuschreiben, ist nicht möglich!

¹ Erwin Tigla ist Vorsitzender des Demokratischen Forums der Banater Berglanddeutschen in Reschitza/Rumänien.

Schuld & Schurke

(Michael Bannmüller)

Ein landläufiges Vorurteil bescheinigt dem SCHURKEN folgende physiologische Eigenschaften: Seine Stirn sei niedrig, der Blick verschleiert, die Stimme sonor und seine Rede sinister; habituell angespannt die Mimik und Haltung; charakteristisch die Art seines zwischenmenschlichen Umgangs: Er lege Wert sowohl auf räumliche wie emotionale Distanz, was geschuldet einer meist introvertierten Persönlichkeitsstruktur im biographischen Werden seiner Sozialisation in fragwürdigen gesellschaftlichen Habitaten sei oder zwielichtigen Kreisen, in deren Peripherie er unauffällig, aber gerichtet wirkt und geduldig den Momenten zuarbeitet, in welchen ein tieferes Vordringen zu den Schaltstellen größerer Wirkkraft möglich erscheint, um die Empfindung mangelnder Wertschätzung zu kompensieren. Seines Misstrauens gegenüber potenzieller Konkurrenz wegen empathisch vereinsamt, später am Kulminationspunkt der ihm erreichbaren Macht in genauer Selbstisolation, umgebe er sich, der Widerrede seit jeher abhold, mit devotem Klüngel, um sich in der Echokammer einer monozentrischen Weltsicht bestätigt zu wissen. Diese bestimmt die Qualität der Werte seiner Entscheidungsgrundlagen. Aus dieser Kammer heraus beurteilt er Umstände. Gemäß seiner Mittel zeitigt er Maßnahmen. Im Sinne seines Eigenwillens vollendet er Tatsachen. Steht er dem Staate vor, regiert der Wille des Schurken.

Vollendete Tatsachen sind als Realien zu begreifen, welche geeignet sind, in das Wirklichkeitsgefüge der Verwaltungs- und Verteilungsstrukturen des vergesellschafteten Menschen in bestimmender Weise einzuwirken. Die daraus erfolgenden Modifikation der ordnenden Parameter einer Vergesellschaftung von Menschen, ob in Familie, Verein, Gemeinde oder Staaten, werden durch diese immer einer qualitativen Überprüfung unterzogen. Ist durch die Mehrheit der betroffenen Individuen ein befürwortendes Quorum zu unterstellen, oder unterbleiben oppositionelle Einsprüche dagegen, kann von weitgehendem Einvernehmen zwischen den Beteiligten ausgegangen werden.

Die nach Maßgabe eines Schurken eingeführten Änderungen innerhalb einer sozialen Entität müssen nicht zwingend der Erwartungshaltung der beteiligten Individuen widersprechen.

Sollten sie dies jedoch tun, und ist kein mehrheitsfähiges Befürworten der erfolgten Modifikation gewohnter gesellschaftlicher Paradigmen evident, wird dadurch vielmehr merkliche widerständige Haltung erzeugt, wird der Schurke, nach Ausreizung gelinderer Mittel, repressivere Werkzeuge zur Anwendung bringen und bis zur vollendeten Umsetzung und danach zum Erhalt seiner Vorstellung eines funktionalen Gesellschaftsgefüges in Anwendung belassen müssen. Einer Gesellschaft, so ihrer Artikulationsfähigkeit beraubt, widerfährt Leid. Meist pflegt die Mehrheit einer Gesellschaft durch vielleicht widerwillige, aber schweigende Akzeptanz die so gearteten Verhältnisse, solches Leid in subjektiv erträglichem Rahmen zu halten. Den störrischen Individualisten aber, beharrend auf den Wert ihrer dialektischen Qualitäten, muss das Leiden der Gesellschaft dem Willen des Schurken gemäß zum körperlichen Schmerz werden. Der lässt die Menschen verlässlich verstummen. Wo niemand Fragen nach dem Leiden stellt, erübrigt sich jede Frage nach dem Verschulden eines Verursachers.

Unartikulierte gesellschaftliches Leid ist keine politische Kategorie. Zu einer solchen wird es erst dann, wenn sich teilnehmende Gruppen von außerhalb einer so betroffenen Gesellschaft zu deren Fürsprecher macht. Empathische Anteilnahme am Ergehen des Anderen ist die schwache Kraft, welche anfänglich auf die leidvollen Vorgänge zu verweisen trachtet und auf Entlastung und Besserung hinarbeitet. Aber erst durch die Instrumentalisierung dieser zutiefst humanistischen Motivlage durch handfeste materielle Interessensverbände kann relativierender Druck zur Besserstellung erfolgen. Repression ist die Folge der Bevorteilung der Interessen des Schurken und seiner Partizipanten; ein Relativieren der zwanghaften Maßnahmen kann nur durch Ressourcen-

einsatz des Interventionisten erfolgen und muss für diesen einen Mehrwert mit sich bringen. Die Verpartnerung des Schurken, so wirtschaftliche Interessen diesen zu attraktivieren imstande sind, kann als gelindes Mittel sowohl zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse des drangsalierten Staatsvolks als auch der positiven Stimulanz der eigenen Ertragslage dienen.

Das eigentliche Antriebsmotiv, der verwertbare Vorteil hinter erfolgreichen interventio-nistischen Maßnahmen, wird sich klüglich hinter der ethisch belastbaren Initiative einer Befreiung oder einer angestrebten gesellschaftlichen Liberalisierung als Handlungsziel verbergen. Dieses moralische Surrogat operiert mit nachvollziehbaren Zuordnungen: Erst bei verweigerter Kooperation, sperrigen Verhandlungspositionen oder mangelhafter Vertragstreue erweist sich der Schurke als solcher.

Der Begriff der SCHULD, taxiert am ansonsten schwer zu monetarisierenden Kanon eines ethischen Regelwerks, ist ein effizienter Hebel zur Transformation humaner Motive in materielle Vorteile. Diese Bewirtschaftung der Empathie kann allerlei moralisierender Betrachtung unterworfen werden, nimmt dem Schurken aber nichts von seiner VERANTWORTUNG. Es ist der Eigennutzen des Schurken, der vom intervenierenden Dritten als verwerflich bestimmt sein muss. Die Bestimmung der Beweggründe des Schurken als verwerflich definiert seine Schuld. Richten sich die Bestrebungen des Schurken zu Erhaltung oder Maximierung seiner Macht durch Expansion seines Wirkkreises nach außen, wie im Angriffskrieg eines Staates, erübrigt sich diese Frage einer moralischen Wertung; es ist die Tat welche die Schuld definiert. Ob es des Schurken ausschließliche Verantwortung ist, wäre zu beurteilen:

Die finale Tat eines zeitgenössischen Konflikts besteht in der Auslöschung aller menschlichen Lebenszusammenhänge durch einen unbegrenzten Einsatz nuklearer Vernichtungswaffen und deren mittelbare Folgen. Eine postapokalyptische Welt beinhaltet weder eine humane Entität, welche in der Lage wäre, die Frage nach einer Verantwortlichkeit solcher Menschheitsvernichtung zu stellen, noch eine

zur weiteren Konsultation hierfür zur Verfügung stehende Körperschaft. Die Frage nach der VERANTWORTUNG VON SCHULD kann nur im Vorfeld einer solchen finalen Menschheitskatastrophe zu stellen sein. Der Beurteilungsrahmen wäre somit auf die Kausalzusammenhänge sämtlicher beteiligter Interessenssphären, welche dann im Ereignis des Extinktionsvorgangs enden sollten, und um die Bewertung der Motivlage aller beteiligten Akteure zu erweitern. Der Hinweis auf Täterschaft in Verantwortlichkeit eines einzelnen Schurken muss sich im grausen Schatten einer Menschheitsdämmerung als ebenso irrelevant erweisen wie der fatalistische Verweis auf eine mögliche evolutionäre Notwendigkeit der Selbstaufgabe.

Solange noch Zeit ist, muss es an der Zeit sein, zu fragen: Wer oder was eine Schuld zu verantworten habe, deren Folgen das Erlöschen aller humanen Lebensverhältnisse bewirkt. Abgesehen von ihm selber: Wer oder was verantwortet den Schurken? Ab wann wäre der pragmatische Umgang mit dem potenziellen Täter als Mitschuld zu begreifen? Welcher Umstand wäre geeignet, eine Konzession zugunsten des Schurken zu rechtfertigen, seine finale Tat zu verhindern? Die zu verhindernde Auslöschung an sich?

Aus der fiktionalen Rückschau heraus geurteilt: Würde eine verweigerte Konzession – geeignet, das finale Menschheitsunglück abzuwenden – eine Mitschuld der beteiligten Akteure generieren? Wenn der Handlungsspielraum des Schurken nicht einzugrenzen, die Dynamik der Ereignisstränge durch keine menschliche Macht in kontrollierbarer Ordnung zu halten gewesen wäre: Hätte das dann offensichtliche Primat zwingender technologischer Determinanten nicht absehbar und also zu verhindern gewesen sein müssen?

Sind heute, angesichts der rezenten weltpolitischen Ereignisse, Anzeichen für die absehbare absolute Obsoleszenz des Menschlichen erkennbar und, so dies der Fall sein sollte, wäre es als schuldhaft zu betrachten, diesen Umstand zu marginalisieren? Hier ist in aller Entschiedenheit festzuhalten: Die Schuld des Urhebers ist nur eine Teilsumme der Verantwortung.

Die Obsolenz des Menschlichen ist absehbar. Zwar wird noch immer als Begründung für militärische Konflikte oder Interventionen die Verteidigung nationaler Interessen im Sinne der Interessen der Bürger eines Staates definiert. Aber, wie im jüngsten Konflikt augenscheinlich, ist der Urheber dieser neuen Gräueltaten, ein Schurke in Manifestation seiner Schuld, durch nichts zu kaschieren genötigt, wem nun das Interesse seiner begrenzten militärischen Aktion jedenfalls nicht gilt: dem Geschwistervolk der Kiewer Rus. Erstaunlich die sachliche Distanz des nur mäßig emotionalisierten westlichen Rezipienten in Ansicht der Zerstörungsbilder aus Sarajewo, Grozny, Aleppo, als dort der Wille – der jeweiligen Schurken? – die Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubte und die jetzt wachsende Verstörung bei der Kenntnisnahme der Zerstörungen in Mykolajew, Mariupol und des Grauens von Butscha; aber wirklich bestürzend muss immer bleiben, die routinierte mahnende Phraseologie in Bezug auf die Koinzidenz der Bilder von Coventry, Dresden, Sarajewo, Grozny, Aleppo und dem Ground Zero von Hiroshima und Nagasaki anlässlich der jeweiligen Jahrtage dieser Ereignisse; siebzig Jahre expressiver Kniefälle vor den Denkmälern der Opfer und der zerknirscht hervorgebrachten Beteuerung „Nie wieder!“ der jeweiligen Eliten jeweiliger Staaten, während die Konzernvorstände der jeweiligen Rüstungsindustrien ungehundet dessen bei den jeweiligen Regierungen lobbyierend vorstellig werden und achselzuckend Erzeugung und Vertrieb der immer „höher“ zu entwickelnden Vernichtungswaffen vorantreiben.

Es sind nicht die Zwecke, um derentwillen Krieg geführt wird, es sind die Mittel. Diese, zum Erhalt und zur Erweiterung von Macht wesentlichen Innovationen: gerichtete Kooperation der schaffenden Menschen eines Landes durch Erzeugung gemeinsamer Identität in Form nationaler Entitäten zur Fokussierung der Kräfte im Konkurrenzkampf mit anderen Volkswirtschaften in den Großkonflikten der Vergangenheit; heute die Entwicklung und Produktion technologischer Machtmittel durch überstaatliche Akteure, Repräsentanten von Konzernstrukturen, die nun materielle und monetäre Werte bereitstellen. Wehe, wenn diese Mittel der

Herstellungskräfte der Menschen nicht mehr bedürfen, durch Delokation der Erzeugungsstätten, Automation, hierarchisch organisierter Informationsvernetzung und vor allem der steuerbaren Distribution der werthaltigsten Güter. Der Schurke, auch nur ein Mensch, wünscht Teilnahme bei der Erstellung einer neuen Verteilungsordnung. Wird ihm diese ratsamer Weise vorenthalten, pflegt der Schurke in robusten Aktionen auf vorhandene Machtmittel zu replizieren, um Teilhabe zu erzwingen und darauf zu verweisen, worauf es ihm nicht ankommt. Dieser Krieg, verursacht durch den Autokraten einer abgewirtschafteten Atommacht um die Teilhaberschaft am neuen Verteilungsparadigma, welches monetären Mehrwert nicht mehr aus den erodierenden, kostenintensiven Volkswirtschaften zu generieren genötigt ist, offenbart die Überkommenheit der sozialen Infrastrukturen: Die Garanten der neuen Zahlungsmittel sind nicht mehr durch Staatsanleihen oder Bruttoinlandsprodukte besichert, sondern durch Rechnerleistung, Energie- und Informationsbereitstellung zugunsten ausgewählter Akteure.

Der Verzicht der gesellschaftlichen Eliten auf Abgleich der technologischen Neuerungen mit den sozialen Erfordernissen der Gattung, der Verzicht auf Folgenabschätzung der institutionellen Bewirtschaftung des empathischen Vermögens der Menschen durch die Initiatoren der sozialen Netzwerke nimmt den Gemeinschaften von Einzelwesen ihre empathischen Kompetenzen als Grundlage ihrer Realvernetzung. In dieser aber ist die Kooperationsfähigkeit der Menschen verankert. Es scheint, als könne darauf verzichtet werden.

Unter Annahme gestellt, WILLE sei eine universell wirkende Initialkraft, der von Raum-Zeit-Gefügen umklammerten Substanz ursächlich beigelegt; als Universalie eine unverwandte astro- oder quantenphysikalische Naturkonstante, Agens und Ursache der Bindungskräfte alles Stofflichen; in kalten kosmischen Räumen morphische Strukturen erzeugend, von den einfachen Wasserstoffbindungen in planetarischen Nebeln zu den Kompressionsgebilden der Sterne hin zu den komplexen biochemischen Wesenheiten der Kohlen-Wasserstoff-

welt. Jede molekulare Einheit mit einem entsprechenden Willensquant ausgestattet, bündelt Zellverbände zu Konstrukten gleichen Willenspotenzials und generiert selbstreproduzierende Mechanismen zur quantitativen Expansion mit der Befähigung zur Kreation immer differenzierterer Willensaggregate durch Evolution; große Zahl und lange Dauer generieren Kaskaden individualisierter Willensgefüge unterschiedlichsten qualitativen Potenzials zur Ausprägung energetischer Vorteile; ihre Vielzahl induziert die Ausprägung einer henadischen Ordnung, entgeisterte Monaden, aufgeladen mit den ihrer Komplexität angemessenen Willenspotenzialen, die zu immer komplexeren Manifestationen ihrer Willenskraft befähigt sind. Emergenz transformiert den Wirkkreis dieser biologischen Akteure von der materiellen Stoffbindung zur Intelligibilität einer durch Anpassungsfähigkeit an alle terrestrischen Lebenshabitats sich auszeichnenden Gattung der Fauna, dem Menschen; einer durch notwendige soziale Interaktion zur freiwilligen Kooperation befähigte Wesenheit, analog der Qualitäten ihrer Ausstattung mit spezifischen Rezeptionswerkzeugen eine wesensgerechte Anschauung der Wirkformen der real auf sie einwirkenden Kräfte ausprägende Erscheinung (Gott die verständliche Fehlinterpretation des hier umrissenen Willensphänomens) welche, im Bewusstsein, die Fähigkeit zur reflektierenden Betrachtung dieses Vorgangs ausbildet und den Eigenwillen des Individuums postuliert. Der bündelt zur Vergemeinschaftung von Einzelwesen, zur willensbasierten Hierarchisierung organisierter Vergesellschaftung von Gemeinschaften, diese verdichten zu staatsartigen Verwaltungsgebilden, die auf alle greifbaren Teilwillenskräfte replizieren: gerichtete Substitutionsbereitstellung, Güterverteilung, Grundlagenforschung, Werkzeugbau, Kraftmaschinen, Verkehrsinfrastrukturen, Nuklearindustrie fokussieren zu immer machtvolleren Willensentitäten, Nationalstaaten, Staatsverbände, Machtblöcke; der transnationaler Austausch von materiellen und informellen Werten ausgelagert in unverortbare, aber wirksame überstaatliche Willensentitäten, gerade noch teilautomatisiert, aber absehbar autonom agierend, unter Verzicht auf die ordnende Hand des Menschen: Konzernstrukturen,

abstrakte Verteilungsmaschinen des globalen Kapitalverkehrs und der Informationsdistribution sind nun die Protagonisten der Transformation des Produkts der gegenseitigen menschlichen Zuarbeit in die Manifestation einer weltüberspannenden autonomen technischen Entität, körperlose Trägerschaft der immer unverwandten Kraft des Willens.

Die Menschen und ihre Begabung zur Empathie werden dann die Begünstigten ihrer Kooperation gewesen sein; soziale Kompetenz zur Interaktion, eine Emergenz aus biologischer Nötigung zu Reproduktionswillen und gerichteter Ressourcenverwertung, das Erbe der biologischen Evolution, wird als eine schwindende, weil verzichtbare, Größe in der Gesteuerung neuer Mächte aus einer gestaltenden Öffentlichkeit verschwunden sein.

Doch kann die Obsolenz der Menschen und damit auch seiner wohlmeinenden gestalterischen Werkzeuge die Möglichkeit eines Refugiums, eines Erhaltungsraums seiner empathischen Qualität bezeichnen: Die Unnotwendigkeit humaner Lebensbezüge für die neue, ihre eigene neue Realität konstituierende Willensentität kann den Rückzug in zwar immer gefährdete, aber bewohnbare Wirklichkeitsnischen – so den Ansprüchen der neuen Ordnung nur fern genug gelegen – begünstigen, die den wärmeren Kräften unter den bestimmenden Eigenschaften des Menschen: Mitgefühl, Rücksicht, Obsorge, Loyalität, Solidarität, Gleichmut ein Quartier geben, dorthin zu migrieren. Durch den Verzicht auf die unnötigen Vorteile, welche die fragwürdige Kompensation sind für die Zuarbeit jedes Einzelnen zu den zwangvollen Willenskomplexen, welche mit zu errichten er genötigt ist, um sein Lebenssubstitutiv zu erwirtschaften, eröffnet sich, unter Vorbehalt seines physischen Überlebens, dem Einsichtigen und Verständigen zumindest ein Grashaus als Unterstand zur Salvierung seiner Menschlichkeit: Zwar wird er immer Knecht sein, seines Eigenwillens – dem ihm am treuesten ergebenden Verbündeten –, sich in dieser schönen und schrecklichen Welt zu behaupten, doch ist es ihm unbenommen, ein verbindliches Verhältnis herzustellen zwischen dem Leid, welches zu verantworten er durch den

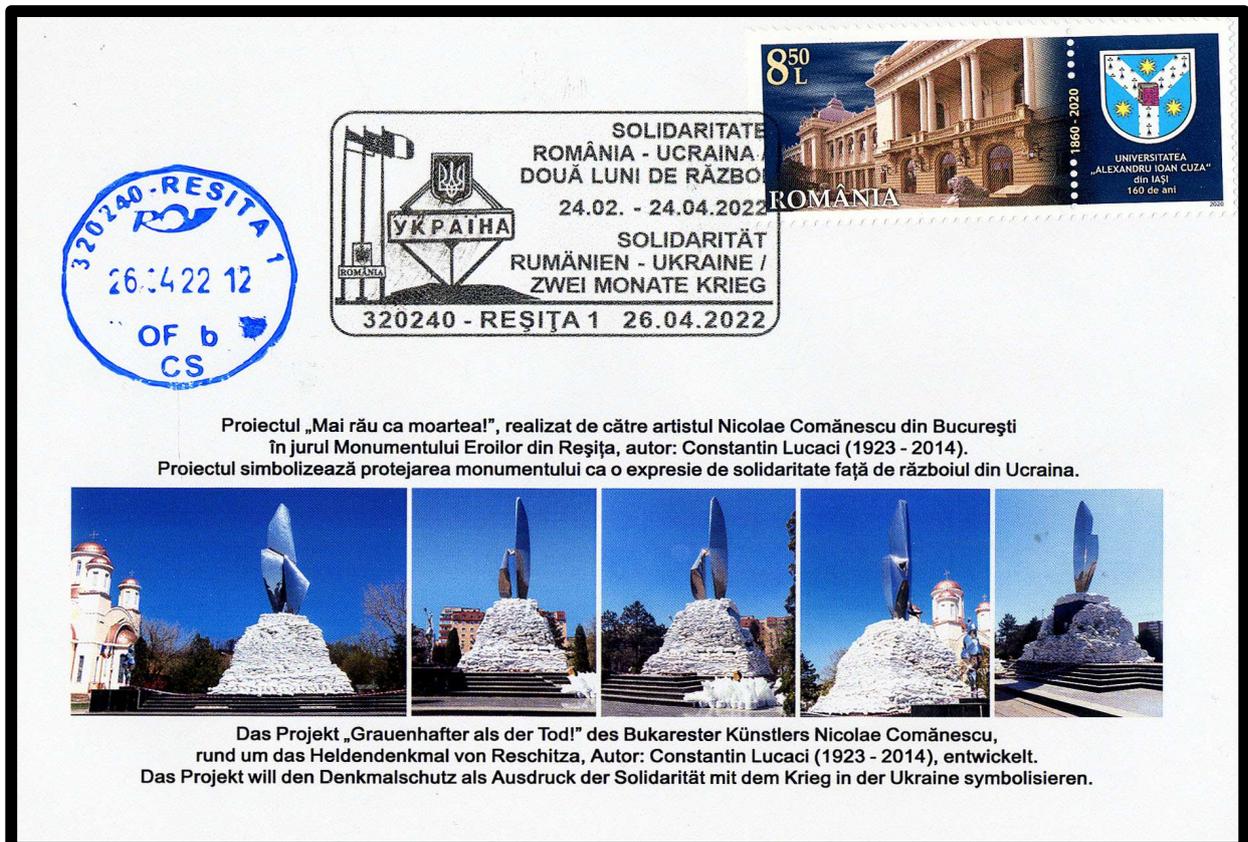
Erhalt seiner Existenz genötigt ist, und jenem Leid, das zu vermeiden wäre durch die Besinnung auf den zumutbaren Verzicht auf die fragwürdigen und zu oft irrelevanten Verlockungen der technischen Zivilisation. Die Ergebnisheit in die scheinbar notwendig anzuerkennende Aufrechterhaltung der zeitgenössischen gesellschaftlichen Paradigmen durch den unreflektierten Gebrauch der bereitgestellten Partizipationsmittel – ob Parlamentarismus, Mobilität oder Telekommunikation, welche ihrer eigentlichen Zweckhaftigkeit durch deren Instrumentalisierung als Kontrollmedien und Manipulative verlustig sind, möge ersetzt werden durch eine SELBSTERMÄCHTIGUNG DES BEDAUERNIS, der Relation der Bedürfnisse des notwendigen Eigenwillens im Verhältnis zum Beteiligungsanteil an der unnötigen Beschädigung der natürlichen und sozialen

Lebensumgebung durch das Bedauern ihrer drohenden Obsolenz.

Noch heute, im bedrohlichen Schattenfeld das die aufgetürmten antizipierbaren Schrecknisse vor sich werfen, im sich schließenden Zeitfenster, im schwindenden Schimmer der Vernunft, verbleiben uns Zeitgenossen einige wenige stille Kammern zur bedachtvollen Entscheidung; bevor die beschleunigende Dynamik der kommenden Ereignisse den letzten Raum zur Selbstbehauptung verfinstert, sollte sich eine solche Ethik des Bedauerns in die Gemüter der Wohlwollenden senken.

Das müsste aber bald geschehen. Die Sonne senkt sich.

Das Licht wird schwächer.



(Bild: Erwin Josef Tigla)

Geld gegen desertieren

(Anton Schäfer)

Am 24. Februar 2022 begann die russische Regierung unter Wladimir Putin einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ein Krieg, von dem alle bereits von Anfang an wussten, dass er nicht „gewonnen“ werden kann.

Ein Krieg ist immer ein Verlust für alle und dieser Krieg in Europa wird besonders Russland auf Jahrzehnte auf vielen Ebenen ausgrenzen, seine Bevölkerung, Politiker und Wirtschaftseliten als Paria dastehen lassen und wirtschaftspolitisch sehr, sehr viel mehr kosten, als die geringen Gewinne an angeblichen sicherheitspolitischen Interessen bringen werden. Russland wird durch diesen Krieg sicherlich nicht (mehr) zur Weltmacht und wird weder militärisch-strategische noch wirtschaftliche Vorteile erlangen, im Gegenteil.

Eine interessante Form des „Frieden Schaffens ohne Waffen“ soll die ukrainische Regierung den russischen Soldaten im Ukrainisch-Russischen-Krieg anbieten: bis zu 40.000 Dollar bzw. Euro (etwa 5 Millionen Rubel¹), wenn diese desertieren, und zudem volle Amnestie.²

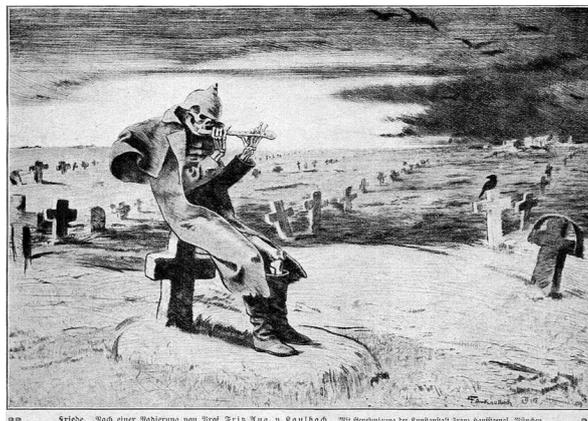
Der ukrainische Rüstungskonzern Ukroboronprom bietet außerdem viel Geld für russische Flugzeuge und Helikopter. Ein funktionstüchtig

abgelieferter Kampfflieger soll um 1 Million Dollar (910.000 Euro), ein Helikopter um 500.000 Dollar (450.000 Euro) abgekauft werden.

Zudem soll auch noch die Staatsbürgerschaft in einem freien Land vermittelt werden.³

Die russische Regierung wiederum soll auf diese „Angebote“ an russische Soldaten damit reagiert haben, dass sie Sondereinheiten aufgestellt habe, die ohne Gerichtsverfahren desertierende russische Soldaten sofort töten sollen.

Umgerechnet in wirtschaftliche Werte, die durch Soldaten, die sich freiwillig ergeben, nicht zerstört werden bzw. den Wert eines gebrauchten russischen Kampffjets bzw. Hubschraubers, ist ein solches „Geschäft“ für beide Seiten eine Win-Win-Situation. Und Wladimir Putin wird feststellen, dass die Meinung einiger in Österreich maßgeblicher Politiker und Funktionäre aus rechten Parteien, dass dieser ein „genialer Politiker mit Handschlagqualität“ sei, vom Rest der Welt wohl nicht geteilt wird und leider ganz Österreich aufgrund der vielfältigen Verstrickungen mit der russischen Regierung und russischen Unternehmen auf dem diplomatischen Parkett und im internationalen Ansehen noch weiter „absinken“ wird.



Bildquelle: Reclams Universum, Heft 50, 12.9.1918, S. 851

¹ Zum Vergleich: Der Durchschnittsjahreslohn liegt in Russland laut *rusland.capital* bei etwa 420.000 Rubel.

² <https://www.merkur.de/politik/ukraine-konflikt-russland-putin-krieg-desertierung-rubel-belohnung-russische-soldaten-zr-91381114.html>; Liechtensteiner Vaterland, „Von Putin gejagt, von Selenski umworben“, 29. März 2022, AS. 26 f.

³ <https://www.nau.ch/news/europa/ukraine-krieg-rustungskonzern-bietet-1-mio-fur-russische-jets-66126456>; <https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine--unternehmen-bietet-eine-million-dollar-fuer-entfuehrten-kampffjet-31687180.html>

Werner Wintersteiner

(Anton Schäfer)



Bild: Mag. Ulrike Wintersteiner

Werner Wintersteiner (* 24. Juni 1951 in Wien) ist ein österreichischer Germanist, Friedenspädagoge und Friedensforscher, Autor und Hochschullehrer. Werner Wintersteiner wuchs in Wien auf und lebt heute in Villach, Kärnten, wo er auch jahrzehntelang wirkte. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Von 1976 bis 1987 war Wintersteiner an einer Berufsbildenden Höheren Schule (BHS) in Klagenfurt als Deutsch- und Französischlehrer tätig und hatte Lehraufträge am Institut für Germanistik der Universität Klagenfurt. Von 1987 bis 2003 stand er im Hochschuldienst als Deutschdidaktiker und Friedenspädagoge am Institut für Germanistik der Universität Klagenfurt. 1998 promovierte Wintersteiner mit der Dissertation „*Pädagogik des Anderen. Bausteine für eine Friedenspädagogik in der Postmoderne*“.

2003 habilitierte er sich in Didaktik der deutschen Sprache und Literatur (Venia) mit der Habilitationsschrift „*Poetik der Verschiedenheit. Literarisch-kulturelle Bildung unter den Bedingungen der Globalisierung*“.

2005 gründete Werner Wintersteiner das Zentrum für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Universität Klagenfurt.

2007 erhielt er eine Universitätsprofessur für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur und wurde stellvertretender Leiter des Österreichischen Kompetenzzentrums für Deutschdidaktik. Von 2011 bis 2016 leitete er außerdem den Cluster Konflikt-Frieden-Demokratie (Universität Klagenfurt, ÖSFK Stadtschlaining, Demokratiezentrum Wien, Institut für Konfliktforschung). Von 2012 bis 2018 war Wintersteiner wissenschaftlicher Leiter des von ihm

begründeten Universitätslehrgangs mit Master-Abschluss Global Citizenship Education an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Er ist nach wie vor in dessen Leitungsteam vertreten. 2016 wurde er pensioniert.

Werner Wintersteiner baute die inhaltlichen und organisatorischen Grundlagen für eine österreichische Deutschdidaktik auf. Hierzu gab er seit 1988 die Zeitschrift „*informationen zur deutschdidaktik*“ (*ide*) heraus. Rund um die Zeitschrift konnte ein Interessentenkreis aufgebaut werden, ein wissenschaftlicher Beirat mit Vertretern von allen österreichischen Universitäten sowie Lehrkräften verschiedener Schultypen als nationales Netzwerk für Deutschdidaktik.

Ferner hat Wintersteiner die Buchreihe „*ide-extra*“ (seit 1993) zur theoretischen Fundierung deutschdidaktischer Problemstellungen (bisher 23 Bände im Studien Verlag) herausgegeben. Daneben war der Hochschullehrer von 2008 bis 2014 wissenschaftlicher Leiter der jährlichen Literaturtagungen des Instituts für Österreichkunde in St. Pölten.

Wintersteiners Forschungsschwerpunkte lagen und liegen in den Bereichen Deutschdidaktik und politische Bildung, Literaturdidaktik und Transkulturalität sowie bei der Zentralmatura Deutsch, zu seinen literaturdidaktischen Schwerpunkten gehören: Literaturwissenschaft und Literaturdidaktik, Literatur und Politik, Literatur und Frieden, Kinder- und Jugendliteratur, Methodik des Literaturunterrichts, Transkulturalität im Deutschunterricht sowie literarische Mehrsprachigkeit.

Werner Wintersteiner engagiert sich auch nach seiner Pensionierung weiterhin in der Friedensforschung, einem von ihm seit Jahren bearbeiteten Feld. Dies zeigt sich nicht zuletzt an seiner Tätigkeit als Leiter bzw. redaktioneller Mitarbeiter bei mehreren einschlägigen Publikationsorganen:

„Friedenserziehung konkret“, „Schulpraktische Handreichungen zur Friedenserziehung“ (1992–1999); „alpe-adria. Friedenspädagogische und friedenspolitische Zeitschrift“ (1986–2000), „Jahrbuch Friedenskultur“ (2006–2016). Er ist im wissenschaftlichen Beirat von: „Wissenschaft & Frieden“ (seit 1996); „Journal of Peace Education“ (seit 2000); „Europea“ (seit 2016), „Zefko. Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung“ (seit 2012) vertreten.

In der Friedenspädagogik und Friedensforschung setzt Wintersteiner folgende persönliche Schwerpunkte: Theoretische und konzeptionelle Grundlagen der politischen Pädagogen, Friedenspädagogik und Global Citizenship Education, Geschichte der Friedenspädagogik; außerdem gilt seine Aufmerksamkeit der kulturwissenschaftliche Friedensforschung und hier insbesondere der Thematik Kultur und Konflikt, dem Alpen-Adria Raum als Friedensregion sowie Literatur und Frieden.

In diesem Zusammenhang organisierte Werner Wintersteiner grenzübergreifende Seminare zur Friedenspädagogik in Italien, Slowenien und Kroatien (1988, 1991, 1992, 1993), war am Aufbau der Friedensschule in Gorski kotar (Kroatien, 1993–1995) beteiligt, war Gründer und Obmann des Vereins Alpen-Adria-Alternativ. Verein für Frieden, Menschenrechte und interkulturelle Zusammenarbeit (Graz und Villach, 1990–2000), der Seminare, Studien, Projekte und Publikationen zur grenzübergreifenden interkulturellen Zusammenarbeit, zum interkulturellen Lernen und zur Friedenserziehung organisierte, darunter die „Europäische Jugendakademie“ (1993–2001). 2020 bis 2022 arbeitete er im Leitungsteam der internationalen Kampagne des Friedensinstituts ASPR Stadtschlaining „Heimatland Erde“ mit.

Weiters ist Wintersteiner Mitarbeiter im Verein Erinnern (Villach) seit dessen Gründung 1994; seit 2021 ist er Mitglied im pädagogischen Team des Pacte Mondial des Jeunes pour le Climat (GYCP), Paris.

Sein Engagement wurde vielfach besonders gewürdigt:

* Bundes-Ehrenzeichen der Republik Österreich „in Anerkennung der ehrenamtlichen und

unentgeltlichen Verdienste im Bereich Interkultureller Dialog“ (2008)

* Erhard Friedrich Preis für Deutschdidaktik (2010)

* ITB Berlin Buchpreis in der Kategorie ITB Special Management Award für das International Handbook on Tourism and Peace (2015)

* Sustainability Award des BM für Nachhaltigkeit und Tourismus und des BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Handlungsfeld Lehre und Curricula für den Universitätslehrgang „Global Citizenship Education“ (2018)

* GENE Award „Quality and good practice in Global Education across Europe“ für den Universitätslehrgang „Global Citizenship Education“ (2021).

Aufgrund seiner breiten Interessen war bzw. ist er Mitglied bei beispielsweise folgenden Vereinigungen:

* Wissenschaftsbeirat der Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ (seit 1992),

* Leitungsgremium der Peace Education Commission (PEC) im Rahmen der International Peace Research Association IPRA (2000–2018),

* Editorial Board des „Journal of Peace Education“ (seit 2004)

* International Peace Research Association (IPRA)

* Herbert C. Kelman Institute for Interactive Conflict Transformation, Wien (Board Member)

* ForHum – Forum für Humanwissenschaften, Ljubljana (seit 2017)

Werner Wintersteiner veröffentlichte sieben Monographien und über 50 Sammelbände sowie über 400 Aufsätze zu den Themenschwerpunkten Literaturdidaktik, Deutschdidaktik, Interkulturalität, Friedenspädagogik, Global Citizenship und Friedensforschung in österreichischen und internationalen Fachzeitschriften bzw. in Sammelbänden in den Sprachen: Basiskisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Slowenisch und Spanisch.





Kathedrale von Coventry, sinnlos zerstört bei einem deutschen Luftangriff im November 1940.¹



Himmelfahrtskirche in Lukjaniwka, eine historische Holzkirche im ukrainischen Rajon Browary, im Zuge des Überfalls auf die Ukraine durch einen russischen Panzer im März 2022 sinnlos zerstört.²

¹ Bild: Wikipedia. Fotograf: Andrew Walker ([walker44](#)),

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Coventry_Cathedral_Ruins_with_Rainbow_edit.jpg

² Bild: Wikipedia. Fotograf: Ollexa, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Вознесенська_церква_руїни.jpg.

Auszug¹ aus
„Die Waffen nieder!“
 (Bertha von Suttner)



... an jenem 1. April sagte mir mein Mann allen Ernstes:

»Weißt Du, Schatz - es wird bald losgehen.«

»Was wird losgehen, mein Liebling!«

»Der Krieg mit Sardinien.«

Ich erschrak. »Um Gotteswillen - das wäre furchtbar! Und mußt Du mit?«

»Hoffentlich.«

»Wie kannst Du so etwas sagen? Hoffentlich fort von Weib und Kind?«

»Wenn die Pflicht ruft ...«

»Dann kann man sich fügen. Aber hoffen - das heißt also wünschen, daß einem solch bittere Pflicht erwachse«

»Bitter? So ein frischer, fröhlicher Krieg muß ja was Herrliches sein. Du bist eine Soldatenfrau - vergiß das nicht«

Ich fiel ihm um den Hals ... »O Du mein lieber Mann, sei ruhig: ich kann auch tapfer sein ... Wie oft habe ich's den Helden und Heldinnen der Geschichte nachempfunden, welch erhebendes Gefühl es sein muß, in den Kampf zu ziehen. Dürfte ich nur mit - an Deiner Seite fechten, fallen oder siegen!«

»Brav gesprochen, mein Weibchen - aber Unsinn. Dein Platz ist hier an der Wiege des Kleinen, in dem auch ein Vaterlandsverteidiger groß gezogen werden soll. Dein Platz ist an unserem häuslichen Herd. Um diesen zu schützen und vor feindlichem Überfall zu wahren, um unserm Heim und unsern Frauen den Frieden zu erhalten, ziehen wir Männer ja in den Krieg.«

Ich weiß nicht, warum mir diese Worte, welche ich in ähnlicher Fassung doch schon oft zustimmend gehört und gelesen hatte, diesmal einigermaßen als »Phrase« klangen ... Es war ja kein bedrohter Herd da, keine Barbarenhorden standen vor den Thoren - einfach politische Spannung zwischen zwei Kabinetten ... Wenn also mein Mann begeistert in den Krieg ziehen wollte, so war es doch nicht so sehr das dringende Bedürfnis, Weib und Kind und Vaterland zu schützen, als vielmehr die Lust an dem abenteuerlichen, Abwechslung bietenden Hinausmarschieren - der Drang nach Auszeichnung - Beförderung ... Nun ja, Ehrgeiz ist es - schloß ich diesen Gedankengang - schöner, berechtigter Ehrgeiz, Lust an tapferer Pflichterfüllung!

Es war schön von ihm, daß er sich freute, wenn er zu Felde ziehen mußte; aber noch war ja nichts entschieden. Vielleicht würde der Krieg gar nicht ausbrechen, und selbst für den Fall, daß man sich schlage, wer weiß, ob gerade Arno wegkommandiert würde - es geht ja doch nicht immer die ganze Armee vor den Feind. Nein, dieses so herrliche, abgerundete Glück, welches mir das Schicksal zurecht gezimmert hatte, konnte doch dieses selbe Schicksal nicht so roh zertrümmern. - O Arno, mein vielgeliebter Mann - dich in Gefahr zu wissen, es wäre entsetzlich! ... Solche und ähnliche Ergüsse füllen die in jenen Tagen beschriebenen Tagebuchblätter.

Von da ab sind die roten Hefte eine Zeit lang voll Kannegießerei: Louis Napoleon ist ein Intrigant ... Österreich kann nicht lange zuschauen ... es kommt zum Kriege ... Sardinien wird sich vor der Übermacht fürchten und nachgeben ... Der Friede bleibt erhalten ... Meine Wünsche - trotz aller theoretischer Bewunderung vergangener Schlachten - waren natürlich inbrünstig nach Erhaltung des Friedens gerichtet, doch der Wunsch meines Gatten rief offenbar die andere Alternative herbei. Er sagte es nicht grad' heraus, aber Nachrichten über die Vergrößerung des »schwarzen Punktes« teilte er immer leuchtenden Auges mit; die hier und da, leider immer spärlicher werdenden Friedensaussichten hingegen konstatierte er stets mit einer gewissen Niedergeschlagenheit.

Mein Vater war auch ganz Feuer und Flamme für den Krieg. Die Besiegung der Piemontesen würde ja nur ein Kinderspiel sein, und zur Bekräftigung dieser Behauptung regneten wieder die Radetzky-Anekdoten. Ich hörte von dem drohenden Feldzug immer nur vom strategischen Standpunkt sprechen, nämlich ein Hin- und Herwägen der Chancen, wie und wo der Feind geschlagen würde und die Vorteile, welche »uns« daraus erwachsen mußten. Der menschliche Standpunkt - nämlich daß, ob verloren oder gewonnen, jede Schlacht unzählige Blut- und Thränenopfer fordert, - kam gar nicht in Betracht...

Bildquelle: Martin Maack (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bertha_von_Suttner.png).

¹ 1. Buch, Erster Band, S. 18 ff (1889).

Der unterschätzte Widerstand: gewaltfreie Aktionen in der Ukraine

Ein Überblick

(Werner Wintersteiner)

Unsere Medien überschlagen sich mit Frontberichten, als wären wir selbst im Krieg. Auf den Titelseiten der Zeitungen und auf den Bildschirmen wird unter großem Applaus das unappetitliche Stück vom humanitären Militarismus gegeben. Kein Wunder, dass dabei die sporadischen Meldungen über gewaltfreie Aktionen untergehen. Dennoch spielen diese eine bedeutende, aber oft unterschätzte Rolle im Widerstand gegen die russische Aggression wie auch bei der Wiederherstellung des Friedens. Höchste Zeit, sich ausführlicher mit dem zivilen Widerstand und Friedensoptionen (nicht nur) in der Ukraine zu beschäftigen.

Der gewaltfreie Widerstand lebt¹

Tausende Menschen blockierten die Zufahrt der Panzer zur Kleinstadt Dniprorudne² oder zum AKW Saporischschja³, indem sie sich ihnen einfach ohne Waffen in den Weg stellten. Im Dorf Kulykivka⁴ organisierten die Menschen Friedenskundgebungen und überzeugten das russische Militär, abzuziehen. In der besetzten Stadt Berdyansk⁵ oder in Cherson gibt es nach wie vor zivilen Widerstand. Ukrainer*innen scheuen sich nicht, die russischen Soldaten mit ihrer Ablehnung und ihrem Zorn zu konfrontieren.⁶ Auch in Slawutitsch, nahe dem stillgelegten Atomkraftwerk Tschernobyl, gehen die

Menschen auf die Straße, um gegen die Besetzung zu protestieren.⁷

Ukrainer*innen stellen die Straßenschilder um oder verändern sie. Ein Schild zeigt zum Beispiel, dass alle Wege nach Den Haag, zum Internationalen Strafgerichtshof, führen. Auf anderen Schildern steht: „Russischer Soldat, Putin hat verloren“ oder „Die ganze Welt steht an der Seite der Ukraine“, „Geht weg ohne Blut an euren Händen“ oder auch „F*ckt euch!“. Videos zeigen russische Deserteure, die mit Tee empfangen werden und mit den Handys von Zivilisten ihre Mütter anrufen dürfen.⁸ Sehr wichtig ist es, dass es auch Aktionen in Luhansk und Donezk gibt, weil damit das Narrativ, dass dort die Menschen nur auf ihre Befreiung durch die russischen Truppen warten, Lügen gestraft wird. Letztlich kann man auch jede andere Form des zivilen Engagements als Akt des Widerstands zählen: Wenn Bewohner*innen sich sofort nach einem Bombardement daran machen, die Straßen zu säubern und die Voraussetzungen eines normalen Lebens so gut es geht wiederherzustellen, oder wenn Orchester auf den öffentlichen Plätzen der von Bomben bedrohten Städte Konzerte geben, wie auch alle Formen der humanitären Hilfe und Unterstützung bei der Flucht ...

¹ Der Bund für soziale Verteidigung hat eine Linkliste mit Beiträgen zum gewaltfreien Widerstand gegen den Ukrainekrieg zusammengestellt: <https://www.soziale-verteidigung.de/artikel/ziviler-widerstand-gegen-krieg-ukraine>. Weitere Beispiele, die hier nicht alle berücksichtigt werden können, finden sich in einem Blogeintrag von Bryan Carey vom 14. März 2022 (<https://www.peacecatalyst.org/blog/2022/3/14/ukraine-reflections-pacifism-violence-and-nonviolent-resistance>) und in dem sehr lesenswerten Essay von Peter Levine „Prospects for nonviolent resistance in Ukraine and in Russia“ (<https://peterlevine.ws/?p=25702>).

² <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-unbewaffnete-ukrainer-stellen-sich-panzern-entgegen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220228-99-321252>

³ <https://www.heise.de/news/AKW-Saporischschja-Ziviler-Widerstand-gegen-russisches-Militaer-6536407.html>

⁴ https://www.democracynow.org/2022/3/1/ukrainian_pacifist_movement_russia_missile_strike

⁵ <https://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krieg-der-widerstand-von-berdjansk-haut-ab-solange-ihr-noch-am-leben-seid/28122448.html>

⁶ <https://www.rferl.org/a/ukraine-civil-resistance-russian-aggression/31728966.html>

⁷ https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/krieg-ukraine-aktuell-liveblog#event_id=ekJGim7F6jV4hRrBP1iK

⁸ <https://www.mirror.co.uk/news/world-news/russian-soldier-breaks-down-tears-26372773>

Mindestens ebenso bedeutend ist wohl der zivile Widerstand in Belarus und vor allem in Russland selbst. So haben belarusische Bahnarbeiter*innen bzw. sogenannte Cyberpartisan*innen die Schienenverbindungen zum Nachbarland punktuell gekappt, um den Transport von Kriegsmaterial zu behindern.¹ Auf der Plattform change.org bitten belarusische Gläubige den russisch-orthodoxen Patriarchen Kyryll, alles ihm Mögliche zu tun, um den brudermörderischen Krieg in der Ukraine zu stoppen.

In Russland² riskieren Zehntausende bei Demonstrationen ihre Freiheit und ihr Leben, man schätzt allein die Zahl der Verhafteten auf inzwischen 15.000. Hunderte Priester haben in einem offenen Brief den Krieg kritisiert,³ ebenso wie einzelne Mitglieder von Verwaltungseinheiten und einige Oligarchen. „Die Jabloko Partei, die Mehrheit der Oppositionspolitiker*innen und -aktivist*innen, viele Gemeinderat*innen im ganzen Land und sogar einzelne Abgeordnete der Duma und des Föderationsrats haben öffentlich den Krieg verdammt. Über 1,1 Millionen Menschen haben die Anti-Kriegs-Petition des Menschenrechtsaktivisten Lew Ponomarjow unterzeichnet.“⁴ Hacker*innen durchbrechen die Mediensperre des staatlichen Fernsehens und senden zensierte Kriegsbilder. Bekannte Fernsehsprecher*innen geben ihren Job auf, um nicht mehr Lügen verbreiten zu müssen.⁵ Am spektakulärsten war wohl die mutige Aktion der TV-Redakteurin Marina Owsjannikowa, die während der Abendnachrichten ein Schild mit einem Kriegsprotest vor die laufende Kamera hielt. Ihr drohen mehrere Verfahren.⁶ In kreativer Weise nutzen etliche Menschen die Möglichkeit, auf Gastro-Bewertungsseiten Kriegsproteste einzuschmuggeln. So liest man

etwa auf Afisha.ru, bei der Bewertung eines der populärsten Fischlokale Moskaus: „*Nettes Lokal! Allerdings hat uns Putin mit seiner Invasion der Ukraine die Laune verdorben. Steht gegen euren Diktator auf, hört auf unschuldige Menschen zu töten! Eure Regierung lügt euch an!*“⁷

Dass all diese Solidaritätsaktivitäten stattfinden, ist unter den repressiven Bedingungen in Russland und Belarus bereits ein kleines Wunder an Heldenmut. Es versteht sich, dass dieser Widerstand bestärkt wird, wenn Russ*innen im Ausland gegen den Krieg protestieren, wie z. B. rund 3.000 in Tschechien lebende Russ*innen Ende März in Prag.⁸ Und immer mehr gut ausgebildete Menschen, bislang über 150.000, verlassen in offenem oder stillschweigendem Dissens mit dem Putin-Regime Russland.⁹ Die Moskauer Primaballerina Olga Smirnowa ist unter Protest aus dem Bolschoi Ballett ausgeschieden (sie sei mit „*allen Fasern ihrer Seele*“ gegen den Krieg) und tanzt nun in den Niederlanden.¹⁰

Gewaltfreie Aktionen sind vielleicht nur Nadelstiche gegen die gigantische Kriegsmaschinerie, wenn man es rein militärisch betrachtet. Aber sie haben längerfristig gesehen einen großen strategischen Wert. Dieser liegt in ihrer immensen moralischen Bedeutung. Denn in jedem Krieg kommt es entscheidend darauf an, dass die Kämpfer von der Legitimität ihrer Sache überzeugt sind. Gewaltfreie Aktionen ermutigen die Bevölkerung der überfallenen Ukraine, demotivieren die russischen Soldaten und haben einen Einfluss auf die öffentliche Meinung in Russland. All das wird bei uns zwar da und dort berichtet, aber niemals im Zusammenhang dargestellt und eher als spontanes Aufbegehren denn als eine bewusst gewählte

¹ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/cyberpartisanen-belarus-sabotage-russland-ukraine-krieg/komplettansicht>

² Das Culture of Peace News Network (CPNN) hat eine ziemlich umfangreiche und ständig aktualisierte Liste aller russischen Stimmen gegen den Krieg zusammengestellt: <https://cpnn-world.org/new/?p=26666> sowie <https://cpnn-world.org/new/?p=26914>. Siehe außerdem CPNN Bulletin April 1, 2022: <https://cpnn-world.org/new/?p=27012>

³ <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2022-03/russland-priester-aufruf-krieg-beenden-moskauer-patriarchat.html>; <https://www.rferl.org/a/russia-orthodox-clerics-stop-war-ukraine/31730667.html>

⁴ <https://cpnn-world.org/new/?p=26666> (eigene Übersetzung).

⁵ https://edition.cnn.com/europe/live-news/ukraine-russia-putin-news-03-15-22/h_878a6439a37f03aff2ebdc8c9f5758f2

⁶ <https://www.derstandard.at/story/2000134415824/neues-verfahren-gegen-owssiannikowa-wegen-protests-im-russischen-staatsfernsehen>

⁷ <https://www.news18.com/news/buzz/ukraine-calls-for-russian-eateries-google-reviews-to-be-flooded-with-war-news-4838615.html>

⁸ Die Zeit, 26. März 2022, https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-03/krieg-ukraine-aktuell-liveblog#event_id=ekJcD8w2PpW7XVB9DJe

⁹ https://www.nzz.ch/feuilleton/joerg-baberowski-aus-dieser-schwaeche-wachsen-die-unermesslichen-greuel-des-krieges-ld.1677580?kid=nl165_2022-4-3&ga=1&mktcval=165_2022-04-04&mktcid=nled

¹⁰ https://www.focus.de/kultur/vermishtes/krieg-moskauer-primaballerina-tanzt-nach-protest-in-amsterdam_id_69416345.html

Strategie verstanden. Viele dieser Proteste mögen tatsächlich spontan sein, doch etliche Aktionen gehen darauf zurück, dass seit den Maidan-Protesten und erst recht seit dem Krieg von 2014 und der Besetzung der Krim ukrainische Friedensorganisationen systematisch Trainings in der Philosophie und Methode gewaltfreien Widerstands abhalten.

Und offenbar ist das auf eine positive Resonanz gestoßen. An einsichtsvollen Konzepten, wie ein gewaltfreier statt ein (ohnehin gescheiterter) militärischer Umgang mit den abgespaltenen Gebieten in Luhansk und Donezk erfolgreich vonstattengehen könnte, hat es nicht gefehlt.¹ Jedenfalls war in den letzten Jahren Gewaltfreiheit bei den Ukrainer*innen eine ernsthaft erwogene Option. Das ist zumindest das Ergebnis von repräsentativen Studien.

Hohe Wertschätzung der Gewaltfreiheit

Eine 2015 veröffentlichte landesweite Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) unter einer repräsentativen Stichprobe von 1000 Erwachsenen brachte eine starke Präferenz der ukrainischen Bevölkerung für gewaltlosen Widerstand zutage. Auf die Frage, wie sie auf eine ausländische bewaffnete Intervention oder die Besetzung ihrer Wohnorte reagieren würden, wählte mehr als ein Viertel der Befragten gewaltlosen Widerstand als Hauptstrategie, während knapp unter einem Viertel für bewaffneten Widerstand optierten. Ähnlich die Zahlen bei der Frage, welches Mittel zur Verteidigung ihrer Gemeinden gegen militärisch stärkere ausländische Gegner effizienter sei: 35 % für gewaltlosen zivilen Widerstand, 34 % für militärischen Widerstand.

Was konkret die Wiedergewinnung des Donbas und der Krim betrifft, so war eine beachtliche Zahl der Befragten (40 % bzw. 44 %) der Ansicht, diese könne erfolgreich sein, wenn die Ukraine politische Reformen vorantreibt und das Wirtschaftswachstum wiederherstellt, um den Lebensstandard in dem von der Regierung kontrollierten Gebiet anzuheben. Diese Ansicht

speiste sich aus den Erfahrungen mit der gewaltlosen Mobilisierung und dem zivilen Widerstand der Bergarbeiter im Donbas im Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine zwischen 1989 und 1991, die mehr als einem Drittel der Befragten vertraut waren.

Weniger als ein Fünftel waren laut Umfrage damals bereit, sich am bewaffneten Widerstand zu beteiligen, während 65 % der Ukrainer*innen aussagten, dass sie sich weigern würden, an bewaffneten Aktionen teilzunehmen. Drei Fünftel sprachen sich hingegen für gewaltlosen Widerstand aus – in Form von Streiks, Boykotten, Märschen, Verlangsamungen, Fernbleiben und der Weigerung, für die Besatzungsbehörden zu arbeiten und/oder Steuern zu zahlen.² Für den Experten Peter Levine verfügt die Ukraine sogar über „die höchste Zahl hocherfahrener gewaltfreier Widerstandskämpfer*innen in der ganzen Welt, dank der erfolgreichen ‚Revolution der Würde‘ (2014)“.³

Eine neue Umfrage, die im Februar 2022, rund zwei Wochen vor Beginn der russischen Invasion publiziert wurde, ergab eine sehr hohe Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung (allerdings mit signifikanten regionalen Unterschieden). Im Vergleich zu einer früheren Umfrage von Dezember 2021 ist diese Bereitschaft sogar noch deutlich gestiegen, von 33,3 % auf 37,3 %, was den bewaffneten Widerstand betrifft, und von 21,7 % auf 25 %, was den zivilen Widerstand betrifft.

Das heißt, das insgesamt vor Kriegsausbruch 57,5 % der Ukrainer*innen (im Unterschied zu 50,2 % im Dezember 2021) sich als widerstandsbereit erklärten.⁴

Inzwischen hat die ukrainische Regierung ganz auf militärischen Widerstand gesetzt und offensichtlich kann sie sich dabei auf eine breite Mehrheit der Bevölkerung stützen.

Wie man sieht, bedeutet das aber nicht, dass der gewaltfreie Widerstand nun verschwunden wäre.

¹ Siehe das *Manifesto of Civilian-led Nonviolent Defense and Resistance for Ukraine* von 2015:

<https://voxukraine.org/en/manifesto-of-civilian-led-nonviolent-defense-and-resistance-for-ukraine/>

² Siehe: <https://politicalviolenceatagance.org/2015/10/12/to-kill-or-not-to-kill-ukrainians-opt-for-nonviolent-civil->

[resistance/](#), veröffentlicht am 12. Oktober 2015. Die Originalstudie ist zugänglich unter:

<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=546&page=1>

³ <https://peterlevine.ws/?p=25702> (eigene Übersetzung)

⁴ <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1>

Die strategische Bedeutung der Gewaltfreiheit

Nicht zu unterschätzen ist auch die Unterstützung durch internationale Expert*innen, etwa Maria Stephan oder Erica Chenoweth, den Autorinnen des inzwischen klassischen Buches „*Why Civil Resistance Works*“,¹ die seit einigen Jahren auch in der Region tätig sind.² In dieser Studie über 100 Jahre „regime change“ wird nachgewiesen, dass Gewaltfreiheit deutlich erfolgreicher und nachhaltiger als ein bewaffneter Aufstand ist, wenn es um die Überwindung diktatorischer Regimes geht. Dabei kommen Methoden wie öffentlicher Protest, Mahnwachen, Sit-ins, Blockaden, Streiks oder ziviler Ungehorsam zum Einsatz.

Wenn heute Ukrainer*innen auf Gewaltfreiheit setzen, verfolgen sie damit mehrere Ziele: Zunächst geht es darum, die militärische Invasion zu verlangsamen und zu stören. Ferner sollen Zivilist*innen geschützt, Gewalt gegen sie soll hintangehalten und Zeit gewonnen werden, die ihnen eine Flucht ermöglicht. Den russischen Streitkräften und der Bevölkerung in Russland soll die Illegitimität ihres Krieges bewusst gemacht werden, und das Desertieren russischer Soldaten ist ein erklärtes Ziel. Amerikanische Veteranen, die den Kriegsdienst in Vietnam oder im Irak verweigert hatten, unterstützen sie dabei. Unter Federführung von David Cortright, Vietnamkriegsgegner und heute Professor am Kroc Institute der University of Notre Dame, haben sie einen offenen Brief an die russischen Soldaten verfasst. Darin fordern sie diese auf, sich doch nicht an diesem ungerechten Krieg zu beteiligen und verweisen auf die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag, der einen Stopp der Invasion fordert.³ Letztlich, so scheint es, kann nur Widerstand in Russland selbst auf die Dauer eine Verhaltensänderung des Putin-

Regimes bewirken. Aber noch immer ist die Mehrheit der russischen Bevölkerung von Putins Argument, er müsse sich gegen die Aggression des von Faschisten geführten Nachbarstaates wehren, offenbar mehr oder minder überzeugt.⁴ Deswegen, so die Strateg*innen der Gewaltfreiheit, müssen Wege gefunden werden, Putins Propaganda überzeugend zu widerlegen. Andre Kamenshikov, ein lokaler Vertreter von Nonviolence International und Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC) in Kiew, schlägt dazu eine internationale Plattform zur Unterstützung der Ukraine vor, für einen regelmäßigen Austausch zu allen Fragen der Gewaltfreiheit, nicht zuletzt darüber, wie man dem Informationskrieg der russischen Führung gegen das eigene Volk wirkungsvoll entgegenzutreten könne.⁵

Erfahrungen in anderen Fällen zeigen, dass gewaltfreie Kampagnen wesentlich mehr Menschen mobilisieren können und bessere Erfolgsaussichten haben. Sogar jene, die auf militärischen Widerstand setzen, erkennen die Bedeutung gewaltfreier Aktionen und betrachten diese als eine „zweite Front“.⁶ Litauen hat „zivile Verteidigung“ sogar in seine nationale Sicherheitsstrategie von 2014 aufgenommen.⁷

Die Schattenseiten des militärischen Widerstands

Doch die Gewaltfreiheit als Strategie des Widerstands darf auf die Dauer kein Anhängsel militärischen Widerstands sein. Die Idee der Gewaltfreiheit darf nicht für gewalttätige Zwecke missbraucht werden. Sie muss in eine gewaltfreie politische Vision für eine langfristige Entwicklung der Region eingebettet werden, um tatsächlich eine Perspektive zu bieten und ihr Potenzial zu entfalten. Erst hier zeigt sich wirklich der Unterschied zu militärischen Optionen.

¹ Erica Chenoweth/Maria J. Stephan: *Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*. New York: Columbia University Press 2011.

² <https://www.youtube.com/watch?v=CcttVAA--0>

³ Ebenda.

⁴ Eine Umfrage vom Dezember 2021 ergab allerdings, dass damals nur ein geringer Prozentsatz der russischen Bevölkerung einen möglichen Krieg gegen die Ukraine befürwortete (<https://www.washingtonpost.com/politics/2022/02/11/russia-a-may-be-about-invade-ukraine-russians-dont-want-it/>). In einer Umfrage von März 2022 befürworteten 58 % der Befragten den Krieg, 23 % sprachen sich dagegen aus (<https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/08/russia->

[public-opinion-ukraine-invasion/](https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/08/russia-public-opinion-ukraine-invasion/)). Umfragen, die genauer nach Alter und Informationskanälen für die Urteilsfindung fragen, kamen im März 2022 zu folgendem Ergebnis: Die Unterstützung für Putins Krieg steigt rasant mit dem Alter und der ausschließlichen Nutzung staatlicher Informationsquellen: von nur 29 % unter den 18- bis 24-Jährigen auf bis zu 72 % unter den Russen über 51 Jahren (<https://ironcurtain.substack.com/p/what-do-polls-say?s=r>).

⁵ Ebenda.

⁶ <https://politicalviolenceataglance.org/2022/03/11/can-nonviolent-civil-resistance-stop-putin/>

⁷ <https://www.washingtonpost.com/politics/2022/03/14/russia-protests-ukraine-resistance/>

Denn auch wenn die ukrainische Gegenwehr gegen die russische Aggression berechtigt ist und mit Erfolg die Strategie eines schnellen Sieges der Invasoren durchkreuzt hat, hat der militärische Kampf unweigerlich seine Schattenseiten. Dadurch, dass mit Gewalt auf Gewalt geantwortet wird, müssen große menschliche Verluste und die Zerstörung von vielen Städten in Kauf genommen werden. Die ukrainische Friedensbewegung kritisiert, dass ihre Regierung zu wenig an einer Verhandlungslösung interessiert sei.

Die westlichen Waffenlieferungen und die Unterstützung seines Propagandakriegs hielten Selenskyj von der Suche nach friedlichen Lösungen ab. Die Weiterführung des Krieges, ebenso wie die „destruktiven ökonomischen Sanktionen“, sei nur im Interesse der Rüstungsindustrie. „Die Diplomatie versagt, weil alle Seiten zu viel in den Krieg und zu wenig in die Diplomatie investieren.“¹ Je härter der Krieg geführt wird, je mehr der jeweilige Gegner dämonisiert wird, desto schwieriger sei es, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Organisationen wie die 2019 gegründete Ukrainische Pazifistische Bewegung (UPM) haben den Mut, sich gegen die herrschende Stimmung zu wenden, die Kriegslogik prinzipiell abzulehnen und sich für die unpopuläre friedliche Lösung einzusetzen. Sie verhält sich keineswegs passiv, sondern stellt sich mit allen Kräften gegen die russische Invasion, aber verweist auch auf den größeren Kontext, in dem die Ukraine als Schlachtfeld der Konkurrenz zwischen den USA und Russland dient. In einem Statement hält sie als ihre Forderungen fest:

- Erfüllung des Minsker Friedensabkommens von 2015
- Rückzug aller Truppen
- Beendigung aller Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung
- Aufhebung der Generalmobilmachung der Bevölkerung für den Krieg, der Propaganda für den Krieg und Feindschaft der Völker in den Medien und den Social Media

Über die Ukraine hinaus verlangt sie:

- Globale Deeskalation und Abrüstung
- Auflösung aller Militärbündnisse
- Abschaffung der Armeen und der Grenzen, die die Menschen trennen²

Das sind, angesichts der Realität des Krieges, sehr kühne und aussichtslos erscheinende Forderungen. Umso wichtiger ist es aber, dass solche Stimmen der Vernunft erhoben werden, die sich nicht scheuen, das Richtige zu sagen, bloß weil es von der überwiegenden Mehrheit nicht akzeptiert oder überhaupt ernst genommen wird.

Yurii Sheliazhenko, Sekretär der UPM und Vorstandsmitglied des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung, betont: In den sieben Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg hätten die Großmächte nur ihre Kriegsmaschinerie ausgebaut und die Umwelt zerstört. Beunruhigenderweise hätten sich die globalen Militärausgaben ausgerechnet seit dem Ende des Kalten Krieges beinahe verdoppelt. Sheliazhenko entlarvt nicht nur die Heuchelei der Vorwände für die russische Invasion, sondern kritisiert auch die Verweigerung von Sprachenrechten für die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine und die Kriegspolitik der USA in aller Welt.³

Alle Kriegsparteien, sagt er, werfen der Gegenseite mangelnde Demokratie und die Existenz von faschistischen Gruppen vor, und tatsächlich gäbe es in beiden Ländern Faschisten – auf russischer Seite das Varyag Bataillon und die Russische Nationale Einheit (RNE) bzw. das Asov Bataillon und den Rechten Sektor auf der ukrainischen Seite. Aber keine Seite gehe gegen die eigenen Faschisten vor. Wenn Staaten Institutionen sind, um Frieden zu bewahren, so sei jeder kriegsführende Staat ein „failed state“. So komme man nie aus der Falle der Gewalt heraus.⁴ Sheliazenko ist damit einer konsequenten Friedenslogik verpflichtet, wie sie auch in einer Stellungnahme deutschsprachiger Friedensforscher*innen (erschieden kurz vor Kriegsbeginn 2022) zum Ausdruck kommt.⁵

¹ Die gesamte folgende Passage und alle wörtlichen Zitate beruhen auf Sheliazhenkos programmatischer Rede rund eine Woche nach dem russischen Überfall auf die Ukraine: <https://youtu.be/27co5-TuP-8>. Siehe auch sein Interview in democracy now! vom 1. März 2022 (https://www.democracynow.org/2022/3/1/ukrainian_pacifist_movement_russia_missile_strike).

² Zitiert nach: <https://cpnn-world.org/new/?p=26395>

³ Siehe auch Interview in der nächsten Europastimme.

⁴ <https://youtu.be/27co5-TuP-8>

⁵ AG Friedenslogik: Für konsequent friedenslogisches Handeln im Ukraine-Konflikt. Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, 17. Februar 2022.

Kurz- und langfristige Friedensvisionen

Im Westen wird das ukrainische Narrativ, das Land kämpfe für die Werte der Demokratie, kritiklos geteilt. Aber die Wahrheit ist komplizierter, findet der deutsche Historiker Jörg Baberowski: „Dieser Krieg ist keine Auseinandersetzung zwischen liberaler Demokratie und Autokratie, denn die meisten Ukrainer sind in ihren politischen Auffassungen viel konservativer, als man hierzulande glauben möchte.“¹ Doch dient dieses Narrativ dazu, die militärische Unterstützung der Regierung Selenskyj zusätzlich zu legitimieren. Ein pazifistischer Zugang ist diesbezüglich also vorsichtiger.

Der wesentliche Unterschied zwischen der militärischen und der zivilen Option besteht aber darin, dass die militärische Option von einer sehr kurzfristigen Perspektive ausgeht: Widerstand mit immer mehr und effizienteren Waffen, um den eigentlich haushoch überlegenen Gegner zum Rückzug zu zwingen; flankiert von schwersten Wirtschaftssanktionen, die Russland isolieren und seine Wirtschaft nahezu lahmlegen sollen; Reduzierung Russlands auf einen Paria-Staat, wie es der US-Präsident Joe Biden ausgedrückt hat.² Nach militärischer Logik ergibt das durchaus einen Sinn, allerdings verschwendet diese Option keinen Gedanken daran, wie ein nachfolgender Friedensschluss aussehen könnte. Die Grundidee jeder Friedenslösung – nämlich eine Lösung für alle beteiligten Seiten, eine gemeinsame Sicherheits- und Friedensarchitektur – rückt total aus dem Blick. Ein zerrüttetes, atombewaffnetes Riesenreich Russland mag man sich lieber nicht vorstellen.

Die gewaltfreie Option denkt hingegen immer über den unmittelbaren Konflikt hinaus und bezieht den Gesamtkontext ein. Sie setzt auf Verhandlungen statt auf Fortführung des Krieges. Es ist leider so, wie Jörg Baberowski feststellt: „Wenn Putin das Schlachtfeld nicht das

Gesicht während verlassen kann, wird es keinen Frieden geben.“³ Alle unmittelbaren und mittelbaren Konfliktparteien müssen auf eine Verhandlungslösung drängen, wie etwa UN-Generalsekretär António Guterres nicht müde wird zu wiederholen. Einen diesbezüglichen Appell hat auch der ehemalige Präsident von Costa Rica und Friedensnobelpreisträger Oscar Arias, zusammen mit einer Reihe weiterer Persönlichkeiten, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurden, an die Ukraine, an Russland und an alle Großmächte gerichtet.⁴

Auch wenn es auf den ersten Blick aussichtslos erscheint, mitten im Krieg langfristige große Ziele anzupeilen, sind die ukrainischen Pazifist*innen überzeugt, dass nur durch eine solche grundlegende Umorientierung ein neuer Blick auf den Konflikt geworfen werden kann. Damit könnten sich auch Optionen für kurzfristige Ziele aufbauen.

In diesem Sinne öffnet Yurii Sheliazenko die Perspektive auf die langfristige Überwindung von Nationalstaaten, da die Logik des Nationalstaats unweigerlich auf ethnische Homogenisierung innerhalb fixer Grenzen dränge. Seine große kosmopolitische Vision ist „*das eine Volk der Erde*“, in seiner Verschiedenheit vereint. Und er zitiert dazu den britischen Schriftsteller H. G. Wells, der vor 100 Jahren schrieb: „*A sense of history as the common adventure of mankind is as necessary for peace within as it is for peace between the nations.*“⁵ Die Vorstellung des ukrainischen Denkers von der menschlichen Schicksalsgemeinschaft kommt der Idee vom „*Heimatland Erde*“ des französischen Philosophen Edgar Morin⁶ sehr nahe. Sheliazenko appelliert nicht nur an seine Landsleute, Phantasie und Einbildungskraft nicht aufzugeben, denn die Menschen handelten entsprechend ihrer Imagination. „*Um den Krieg zu stoppen ist es wichtig, den Diskurs der Angst zu überwinden zugunsten eines Diskurses der Hoffnung für eine bessere Zukunft.*“

¹ https://www.nzz.ch/feuilleton/joerg-baberowski-aus-dieser-schwaeche-wachsen-die-unermesslichen-greuel-des-krieges-id.1677580?kid=nl165_2022-4-3&ga=1&mktcval=165_2022-04-04&mktcid=nlcd

² <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/biden-ver-schaerft-nach-ukraine-angriff-die-sanktionen-gegen-russland-17831291.html>

³ https://www.nzz.ch/feuilleton/joerg-baberowski-aus-dieser-schwaeche-wachsen-die-unermesslichen-greuel-des-krieges-id.1677580?kid=nl165_2022-4-3&ga=1&mktcval=165_2022-04-04&mktcid=nlcd

⁴ <https://www.project-syndicate.org/commentary/negotiations-putin-ukraine-us-eu-only-way-forward-by-oscar-arias-2022-03>

⁵ Herbert G. Wells (2015 [1920]): *The Outline of History: Being a Plain History of Life and Mankind*. Ort: Andesite Press 2015 (Orig. 1920).

⁶ Edgar Morin/Anne Brigitte Kern: *Heimatland Erde. Versuch einer planetarischen Politik*. Wien: Promedia 1999. Siehe auch die gleichnamige Kampagne des Friedensforschungsinstituts ASPR in Stadtschlaining (Österreich): <https://www.aspr.ac.at/en/education-training/aspr-campaigns/homeland-earth/>

Denn die Angst führe zu Gewalt, die Hoffnung aber zu Frieden.

Doch er bleibt nicht auf dieser abstrakten Ebene stehen. Denn gerade aus kosmopolitischer Sicht sei eine Konfliktlösung leichter denkbar – über den Rückzug der russischen Truppen und die Neutralisierung der Ukraine hinaus. Die Großmächte müssten ihre Blockkonfrontation aufgeben, sich wieder der Abrüstung zuwenden und den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Die territorialen Fragen der Ukraine bezüglich Donbass und Krim könnten in so einem Klima durch Verhandlungen geklärt werden, wenn alle Seiten das Recht erhalten, ihre Verhandlungspunkte einzubringen. Als einen konkreten Schritt schlägt Sheliazenko eine „*unabhängige öffentliche Kommission von Expert*innen*“¹ als Mediator*innen in diesem Krieg vor. „*Wir können eine bessere Welt ohne Armeen und Grenzen schaffen, eine Welt die von den Großmächten der Wahrheit und der Liebe regiert wird, und Ost und West verbindet.*“²

Was wir als Zivilgesellschaft tun können

Selbstverständlich ist es die Entscheidung des ukrainischen Volkes, wie es seine Verteidigung gegen die russische Aggression gestalten möchte. Die UN-Charta erlaubt ausdrücklich den bewaffneten Widerstand gegen einen Aggressor. Doch die westliche Zivilgesellschaft hat die wichtige Aufgabe, über jede absolut wesentliche humanitäre Unterstützung hinaus, auch ihren Beitrag zu einer Friedenslösung zu leisten. Sie darf ihre Bedeutung dabei nicht zu gering ansetzen. Ich sehe drei Tätigkeitsfelder. Sie muss zunächst die Friedenskräfte in der Ukraine, in Belarus und Russland mit allen Kräften unterstützen. Der Friedensforscher Eli S. McCarthy von der Georgetown University, USA, schlägt dazu vor:³

1. Verbreitung und Verstärkung der bestehenden gewaltfreien Kräfte in der Ukraine und in Russland
2. Unterstützung der Unarmed civilian protection (UCP) durch Geldgeber,

Regierungen und multilaterale Institutionen

3. Die Konfliktparteien, auch die jeweiligen Feinde, dürfen nicht dämonisiert, sondern müssen wieder re-humanisiert werden: Das betrifft die Sprache, das Labelling, also das Etikettieren des Anderen, und die gewählten Narrative.
4. Der ukrainische Präsident Selenskyj sollte ermutigt werden, mit Russland eine Vereinbarung über die Beendigung des Krieges zu unterzeichnen, um einen Spielraum für die Lösung aller offenen Fragen zu gewinnen.
5. Eine Welle an „strategischen Delegationen“ mit unverdächtigen Persönlichkeiten ist zu organisieren, die humanitäre Luftbrücken einrichten, um Zeit und Raum zu gewinnen, in der Hoffnung, dass letztlich auch eine Feueereinstellung erzielt werden kann.

Ich würde noch hinzufügen:

6. Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern aller Seiten, weil das diejenigen, die nicht zur Waffe greifen wollen, bestärkt und die Legitimität pazifistischer Positionen erhöht.

Neben der Unterstützung der Friedenskräfte in der Ukraine wie auch in Belarus und Russland besteht zweitens die Aufgabe darin, in unseren Ländern und in der Europäischen Union in die Debatte um die politischen Schlussfolgerungen aus diesem Krieg einzugreifen.⁴ Bis jetzt dominiert eindeutig das Narrativ, dass man sich ökonomisch aus der russischen Abhängigkeit bei der fossilen Energie lösen und in einem noch nie dagewesenen Ausmaß Rüstungsanstrengungen unternehmen müsse. Aber die Welt wird durch ein neues Wettrüsten bestimmt nicht friedlicher. Die hektischen Rufe nach Sicherheit durch mehr Waffen lenken offenbar davon ab, genauer zu untersuchen, warum Putin erwartet hat, dass er auf keinen allzu großen Widerstand des Westens stoßen würde. Dabei ging es nicht um eine stärkere oder schwächere Bewaffnung der NATO – die NATO

¹ <https://youtu.be/27co5-TuP-8>

² Ebenda.

³ <https://wagingnonviolence.org/2022/03/5-ways-to-support-courageous-nonviolent-resistance-in-ukraine/>

⁴ Diese Position deckt sich mit den Vorschlägen, die Sheliazenko der westlichen Zivilgesellschaft in einem Brief vom 11.

März 2022 an den Autor macht: humanitäre Hilfe, Schaffung einer internationalen öffentlichen Meinung, die für gewaltfreie Lösungen eintritt, sowie Erziehung zu Frieden und gewaltfreiem global citizenship.

greift ja auch jetzt nicht direkt in den Krieg ein, so viel Vernunft ist gerade noch zu finden. Sondern Putin hat gesehen, wie leicht es ihm gelingt, die politische Klasse und führende Wirtschaftskapitän*innen in Europa in sein System einzubinden und zu korrumpieren. Die heute so tief bedauerte Abhängigkeit Westeuropas von fossiler Energie aus Russland wurde zu einem großen Teil erst nach der Besetzung der Krim und der Ausrüstung der Rebell*innen im Donbas etabliert. Statt einer Rüstungsspirale brauchen wir eine politische Kehrtwende.

Die dritte Aufgabe ist zivilgesellschaftliche Konfliktbearbeitung. Der Frieden in der Ukraine und in Europa ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Die Zivilgesellschaft könnte durch das Schaffen von Kommunikationskanälen zwischen den Kontrahenten dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Die von Herbert C. Kelman entwickelten „Interactive Problem Solving Workshops“ auf Track 2 oder auch auf Track 3 Ebene könnten dazu als Modell dienen.¹ Es ginge darum, in einer geschützten Atmosphäre intellektuelle Energie für kreative Lösungen freizusetzen und auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine Gesprächsbasis aufzubauen. Statt wahllos alle russischen Einrichtungen zu boykottieren, müsste man versuchen, mit vernünftigen Kräften, auch wenn sie noch nicht mit sämtlichen Aspekten von Putins Politik gebrochen haben, ins Gespräch zu kommen. Das könnte vielleicht

auch helfen, die strangulierte russische Zivilgesellschaft wieder zu stärken.

Pazifistische Positionen haben es allerdings in einer Atmosphäre der emotionalen Anspannung – auch des berechtigten Zorns auf die russischen Invasoren, der Sorge um das Los der ukrainischen Bevölkerung und des Gefühls der Ohnmacht angesichts des andauernden Krieges – sehr schwer, überhaupt gehört und ernst genommen zu werden. Unwillkürlich erinnert man sich an die Situation zu Beginn des Irakkrieges von 2003, als mit der Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Hitler alle Stimmen der Vernunft vom Tisch gewischt wurden, oder 2011, als die Verteidigung der Menschenrechte für die militärische Intervention in Libyen erhalten musste. Beide Fälle nach dem Muster „Bellizismus plus Moralleule“ nahmen bekanntlich einen desaströsen Ausgang. Eine scharfe Auseinandersetzung mit dem grassierenden Bellizismus ist unvermeidlich, damit es vielleicht doch noch gelingt, das, was nach 1989 versäumt wurde, heute zu schaffen – nämlich eine Europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Es wäre die Verwirklichung dessen, was Michail Gorbatschow mit dem schönen Bild vom „gemeinsamen europäischen Haus“ intendiert hat.

Stand: 4. April 2022

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe!



Univ.-Prof. i. R. Dr. Werner Wintersteiner, Gründer und ehemaliger Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt (Österreich); werner.wintersteiner@aau.at Jüngste Buchpublikation: Die Welt neu denken lernen – Plädoyer für eine planetare Politik. Lehren aus Corona und anderen existentiellen Krisen. Bielefeld: transcript 2021. PDF open access: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5635-0/die-welt-neu-denken-lernen-plaedoyer-fuer-eine-planetare-politik/>.



¹ Herbert C. Kelman: Resolving Deep-rooted Conflicts. Essays on the Theory and Practice of Interactive Problem-Solving. Edited

by Werner Wintersteiner and Wilfried Graf. London: Routledge 2017.

I had a dream last night, what a lovely dream it was...

oder

Stell Dir vor es ist Krieg und keiner geht hin

oder

Alternativen zum Ukrainekrieg

(Anton Schäfer)

Der erste Titel dieses Beitrags ist frei nach dem Lied von John Sebastian, welches er 1969 auf dem Woodstock-Festival gesungen hat, gewählt. Der zweite Titel ein bekanntes Schlagwort aus der Friedensbewegung, welcher Carl Sandburg zugeschrieben wird.¹ Der dritte Titel beschreibt den Inhalt dieses Beitrags.

Der Ukrainekrieg, ein Angriffskrieg, den unbestreitbar Russland völkerrechtswidrig begonnen hat, war für die Ukraine militärisch bereits verloren, als die russischen Truppen einmarschierten. Politisch jedoch war der Krieg für Putin bereits verloren, noch bevor er begann, denn er wird sich von dieser Schande und Ächtung international nicht wieder erholen.

Und die, die am meisten unter diesen Dummheiten der Politiker zu leiden haben, ist die Zivilbevölkerung auf allen Seiten. So wie in jedem Krieg zuvor und in der Zukunft.

Mit der Unterstützung der Ukraine durch den „Westen“ wird weiter Öl ins Feuer gegossen und das Leiden vor allem der ukrainischen Zivilbevölkerung jeden Tag noch mehr vergrößert. Denn noch nie haben Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet für eine dauerhafte Befriedigung gesorgt, sondern immer für eine Destabilisierung auf lange Zeit.

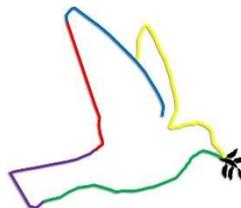
Der „Westen“ wird es sich also vorhalten lassen müssen, wider besseren politischen, historischen und militärischen Wissens mit zu den Kriegstreibern gehört zu haben. Somit mitschuldig zu sein am Tod Tausender Menschen aus der Zivilbevölkerung.

Wie immer in Kriegen, vor allem der Ärmsten und Schwächsten.

Die „westlichen“ Politiker, die sich für die militärische Unterstützung der Ukraine aussprechen, können im besten Fall nur Torheit und Blindheit für die internationale Politik bescheinigt werden. Denn, wenn ein Krieg wie hier militärisch nicht zu gewinnen ist, dann ist es eine Torheit, diesen Krieg zu führen bzw. zu unterstützen. Und es ist eine ganz besondere Torheit und Blindheit solcher Politiker, nicht auf die anderen Mittel der internationalen Politik zu setzen.

Dass es im „Westen“ seit Jahrzehnten zu einem grassierenden Realitätsverlust bei sehr vielen Politikern und sogenannten Experten gekommen ist und diese Entscheidungsträger und Experten für alle möglichen Aufgaben geeignet wären, nur nicht für die internationale Politik, kann anhand der jüngeren Geschichte einfach belegt werden.² Ganz deutlich wird dies daran, dass solche Politiker sich standhaft weigern, ihren Job zu tun und weitreichende Entscheidungen mit Blick auf das Gesamte zu treffen. Es sind ängstliche Entscheidungsträger im „Westen“.

Und durch ihre Angst verhelfen sie Despoten und anderen realitätsverweigernden Politikern dazu, zu glauben, sie könn(t)en ungestraft internationale Verträge und die Menschenrechte brechen. Getrieben werden diese Politiker von den wirtschaftlichen Lobbys, denen es ganz grundsätzlich nicht wichtig ist, mit wem sie Geschäfte machen, solange der Gewinn stimmt.



¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Sandburg

² Siehe z. B.: <https://orf.at/stories/3266065/> (NATO-Chef Stoltenberg: „Ukraine kann Krieg gewinnen“).

Für solche Lobbys ist es auch nicht wichtig, ob ein paar Menschen mehr oder weniger sterben. Der Mammon (oder wäre „Rubel“ als Begriff besser?) steht über allem und kennt weder Anstand noch Grenzen. Der Sklave des Mammon ist zu allem bereit.¹

Wirtschaftlich gesehen ist es für solche „Gläubige des Mammon“ natürlich sehr interessant: Zuerst liefern sie die Waffen, um den Konflikt anzuzünden, dann die Waffen, um den Konflikt zu „begrenzen“, dann die Güter und Dienstleistungen, um das Land wieder aufzubauen und gleichzeitig bringen sie die Ukraine auf Jahrzehnte in ein Abhängigkeitsverhältnis, weil diese die Waffen und den Wiederaufbau bei ihnen mit teuren Krediten finanzieren müssen. Gleichzeitig werden die Güter (angeblich wegen dieses Krieges) weltweit künstlich verknappt und/oder durch Spekulationen verteuert, und wieder gewinnen die „Gläubigen des Mammon“. Und bezahlen darf das Ganze wiederum die Zivilbevölkerung weltweit. Und „natürlich“ sind die Buchhalter des Todes auch voll dabei, wenn es darum geht, zu registrieren, wie die Waffen wirken, um sie in anderen Kriegen „verbessert“ einzusetzen.



Nun hatte ich einen Traum, einen schönen Traum: Was würde tatsächlich passieren, wenn keiner sich am Ukrainekrieg beteiligen würde? Würde eine Alternative zum Ukrainekrieg entstehen?

Ja, es würde. So wie es immer mehrere Lösungen eines Problems gibt und die primitivste selten die beste ist.²

Was wäre, wenn Russland die Ukraine einfach besetzen würde? Weil sich eben niemand wehrt.

Es würde keine Toten in der Zivilbevölkerung geben, es würde keine toten Soldaten geben und wirtschaftlich würden die „Gläubigen des Mammons“ nicht noch mehr Gewinne auf Kosten aller Menschen weltweit machen.

Vorsehen müssten sich nur die bisherigen politischen Machthaber und die sie unterstützenden Lobbys. Die hätten unter Umständen tatsächlich ein Problem. Das sind übrigens genau die, die nach noch mehr Waffen und derzeit auch am lautesten nach einer militärischen Lösung dieses so nicht lösbaren Konflikts schreien.

Politisch und militärisch könnte Russland die Ukraine nicht auf Dauer halten, das ist allein aufgrund der Größe des Landes nicht möglich. Und auch nicht aufgrund der internationalen Sanktionen, denen Russland auf Dauer nicht entgehen kann (wenngleich es hier immer wieder „Kriegsgewinnler“ gibt, die diese nicht mittragen werden).

Der „Westen“ ist auch bei Beibehaltung der Sanktionen vor einem Angriff durch Russland sicher, denn für einen solchen Angriff fehlen Russland sowohl die personellen, die finanziellen als auch die militärischen Kapazitäten.

Eine Austragung eines Konflikts mit Atomwaffen wäre für alle Beteiligten direkt nur mit Nachteilen verbunden, weswegen sogar die zur Torheit neigenden Politiker – die es ja selbst treffen würde – davor zurückschrecken (wenn es nur die gewöhnliche Zivilbevölkerung treffen würde, wären sie meines Erachtens nicht so zögerlich).³

Der sympathische Rechtsanwalt Mahatma Gandhi hat in Indien gezeigt, wie man eine (damalige) Großmacht beugen kann. Mit gewaltfreien Mitteln.⁴

Es gibt also durchaus andere Lösungsansätze und solche würden auch in der Ukraine funktionieren. Denn auch Russland kann sich nicht auf Dauer gegen den mächtigen zivilen Ungehorsam geeinter Ukrainer wehren und müsste früher oder später wieder abziehen.

“I had a dream last night, what a lovely dream it was ...”

¹ „Niemand kann zwei Herren dienen: Entweder er wird den einen hassen und den andern lieben, oder er wird an dem einen hängen und den andern verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“ Mt 6,24 gemäß Luther Bibel.

² Da fällt mir Lorient ein: „In Krisenzeiten suchen Intelligente nach Lösungen, Idioten nach Schuldigen.“

³ Mahatma Gandhi: „Ich betrachte die Anwendung der Atombombe als die diabolischste Form der Anwendung der Wissenschaft.“

⁴ Bildquelle: Kurt Kaiser in Wikipedia Commons (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Statue_of_Mahatma_Gandhi_close.jpg).



Europaforum Bodensee Ein Resümee

(Anton Schäfer)

Am 21. Mai 2022 fand in Bregenz im vorarlberg museum von 9:00 bis 13:00 Uhr das grenzüberschreitende „Europaforum Bodensee“ statt. Die EuropaUnion Vorarlberg und die Jungen Europäischen Föderalisten Österreich haben dieses zum ersten Mal organisiert. Die Teilnahme war kostenlos. Für

diejenigen, die nicht vor Ort dabei sein konnten, wurde ein Livestream eingerichtet, der von etwa 120 Personen angenommen wurde.

Nana Walzer moderierte die Veranstaltung.



Das Resümee von Seiten der EuropaUnion Vorarlberg ist positiv – freilich haben wir aber Verbesserungsbedarf.

Die Referenten waren alle sehr gut und haben mit großem Engagement und viel Fachwissen vorgetragen. Es war eine Freude, zuzuhören.

Meine Kritik an mir selbst als Mitorganisator: Wir haben mit 9:00 Uhr zu früh am Tag begonnen und nächstes Jahr soll wieder mehr auf persönliche Präsenz von Teilnehmern gesetzt werden.

Bitte vormerken:

Das nächste „Europaforum Bodensee“ wird am 13. Mai 2023, wieder im vorarlberg museum, von 10:00 bis etwa 17:00 Uhr stattfinden.

Es wird sich mit dem Thema *digitales Europa* befassen.

Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen mit wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht und somit bereits über 20 Jahre alt geworden ist.

Die EU als Friedensmacht

Die Definition der Europäischen Gemeinschaft (spätere Europäischen Union) als Friedensmacht¹ erfolgte bereits am 15. Dezember 1973 anlässlich der EG-Gipfelkonferenz von Kopenhagen.² Seither hat sich einiges geändert, insbesondere hat sich die Europäische Union einen „militärischen Arm“ gegeben und bestehen immer wieder Tendenzen, der EU außenpolitisch mehr Gewicht verschaffen zu wollen. Das Friedensprojekt Europa wird immer wieder von Politikern bemüht. Von einigen leider auch als hohle Phrase.

2012 wurde die Europäische Union mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.³ 2017 erhielt die EU den Prinzessin-von-Asturien-Preis für Eintracht. Seit nunmehr 77 Jahren ist in

dieser Europäischen Union Frieden. Sie hat sich, ganz im Sinne von Jean Monnet, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich so weit verschränkt, dass es auch für selbstsüchtige Politiker immer schwieriger wird, diesen Frieden innerhalb der EU zu stören oder zu zerstören. Dennoch ist die Zerstörung nicht unmöglich. Jeder Unionsbürger ist dazu aufgerufen, an diesem weltweit größten Friedensprojekt mitzuarbeiten und dieses weiterhin zu ermöglichen.

Die Union Europäischer Föderalisten hat diese Zusammenarbeit und Stärkung, mit dem Ziel der Schaffung eines Europäischen Bundesstaates, zum Programm und zum wichtigsten Vereinszweck erhoben.

Whistleblower-Richtlinie

Die Whistleblower-Richtlinie (WBRL, auch: Hinweisgeberrichtlinie)⁴ schützt Personen, die für eine öffentliche oder private Organisation arbeiten oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten mit einer solchen Organisation in Kontakt stehen und in diesem Zusammenhang auftretende Gefährdung oder Schädigung des öffentlichen Interesses häufig als erste wahrnehmen.

Diese informierten Personen können anonym Verstöße gegen das Unionsrecht melden, die das öffentliche Interesse beeinträchtigen. Potenzielle Hinweisgeber könnten aus Angst vor Repressalien davor zurückschrecken, ihre Bedenken oder ihren Verdacht zu melden.

Doch durch deren Meldung wird in vielen Fällen erst erreicht, dass solche Verstöße aufgedeckt und unterbunden werden können.

Durch die Whistleblower-Richtlinie und die Umsetzung in nationales Recht der Unionsmitgliedstaaten soll sowohl auf Unionsebene als auch auf internationaler Ebene ein ausgewogener und effizienter Hinweisgeberschutz geschaffen werden (Artikel 1 dieser Richtlinie).⁵

Österreich ist bei Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie in Verzug. Bereits zum 17. Dezember 2021 hätte sie auch in Österreich in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Passt dies bis jetzt nicht.⁶ Ob das mit den bekannt gewordenen ÖVP-Korruptionsskandalen in Verbindung steht, ist bislang nicht bekannt.

¹ Siehe auch Europastimme 2/2021.

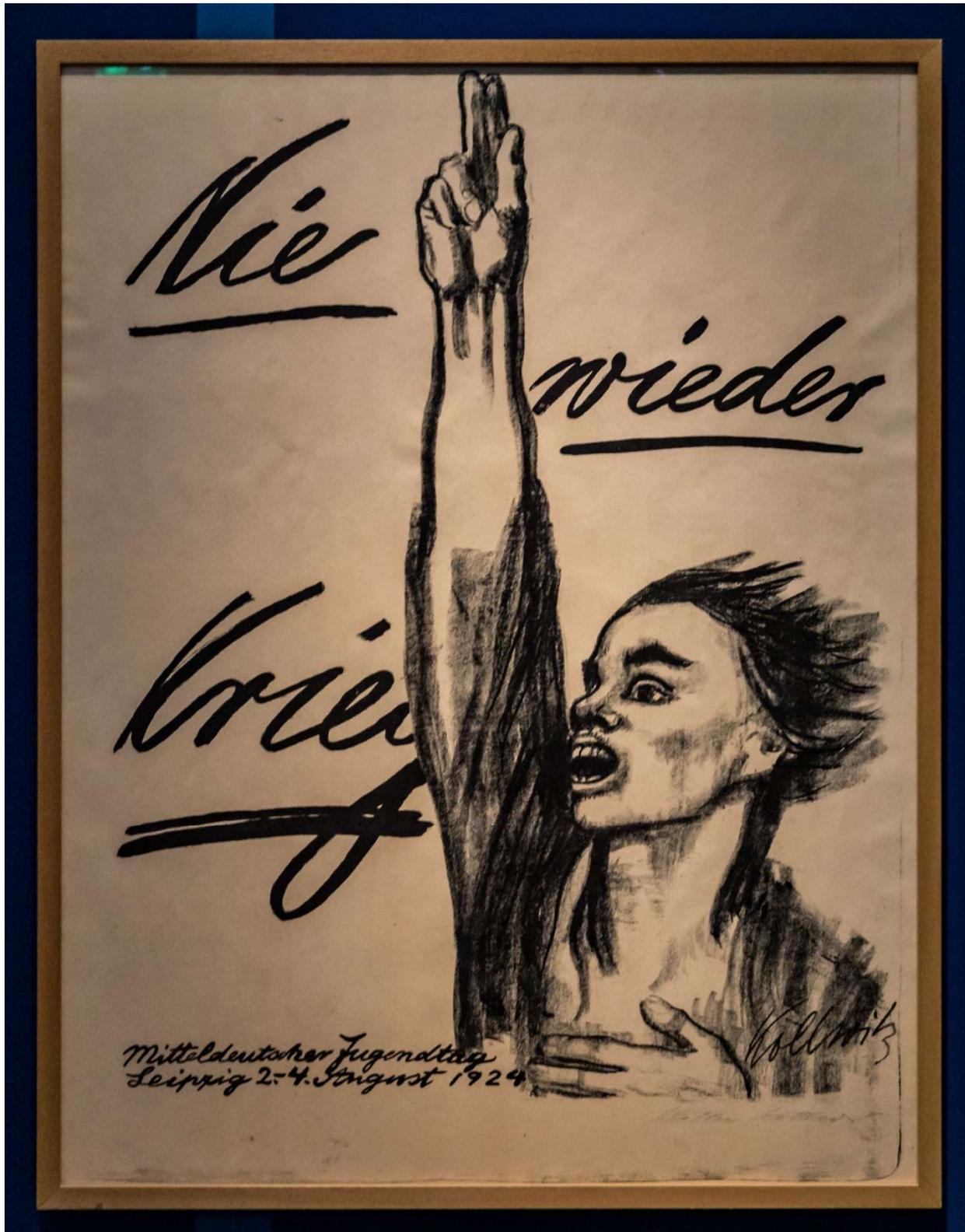
² Siehe auch Anton Schäfer: Die Verfassungsdebatte in der Europäischen Union – Wann begann sie, welchen Weg geht sie?, S. 58, S. 60 (<http://verfassungsvertrag.eu>).

³ http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2012/

⁴ Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (ABl. EU Nr. L 305, 17).

⁵ Siehe auch Erwägungsgrund 1 der Richtlinie 2019/1937.

⁶ Es liegt inzwischen zumindest ein Gesetzesentwurf vor (<https://orf.at/stories/3259156/>).



Bildquelle: Käthe Kollwitz (1867–1945), 1924, Sammlung Käthe-Kollwitz-Museum Köln, Inventarnummer 70300/88018, Wikipedia Commons: Passion Leidenschaft-Kollwitz-Nie wieder Krieg DSC7526.jpg, Fotograf: Wuselig